

Anfänge und Hintergründe des Konflikts zwischen der DDR und der Volksrepublik China

Kritische Anmerkungen zu einer ungeklärten Frage¹

BEDA ERLINGHAGEN

Auf dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 kam es während der Rede des chinesischen Delegationsleiters Wu Xiuquan zu tumultuarischen Szenen. Wus Rede wurde vom Sitzungsleiter Paul Verner mehrmals unterbrochen, während andere SED-Funktionäre ihn mit Lärm und Getöse dazu zwingen wollten, seine Rede zu beenden. Wus darauf folgende sarkastische Bemerkung, er habe hier also die Gelegenheit bekommen, die „Zivilisation“ der deutschen Genossen kennen zu lernen, sollte in der SED noch für anhaltende Empörung sorgen.²

Doch stellen diese Ereignisse auf dem VI. Parteitag nur den öffentlichen und für alle offensichtlichen Bruch zwischen der SED und der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) unter der Führung Mao Zedongs dar. Tatsächlich machen, wie später noch deutlicher werden wird, neuere Forschungen auf Basis des Studiums ehemals unzugänglicher Archivquellen klar, dass der eigentliche Bruch zwischen den beiden Parteien wohl schon auf das Jahr 1960 zu terminieren wäre (mit unausbleiblichen Folgen für das Verhältnis zwischen der DDR und der VR China als Staaten).³

Die vierzigjährige Geschichte des Verhältnisses zwischen der DDR und der VR China ließe sich in vier Phasen einteilen: eine erste, weitgehend konfliktfreie Phase freundschaftlicher Beziehung, die mit der Aufnahme bilateraler diplo-

- 1 Korrigierte Fassung des gleichnamigen Artikels, der gekürzt in der Ausgabe 3/2007 der „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ erschienen ist.
- 2 Vgl. zu diesen Ereignissen auf dem VI. Parteitag: Werner Meißner (Hg.)/Anja Feege (Bearb.): Die DDR und China. Politik – Wirtschaft – Kultur. Eine Quellensammlung [= Quellen zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen 1897 bis 1995], Berlin 1995, S. 128–139 [= Dok. 35–41]. Siehe näher zu den Hintergründen auch: Nicole Stuber-Berries: East German China Policy in the face of the Sino-Soviet Conflict 1956-1966, Diss.: Univ. Genève 2004, S. 341-345.
- 3 Vgl. hierzu auch Nicole Stuber: Grundzüge der Beziehungen DDR – VR China 1956–1969. In: Joachim Krüger (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der Beziehungen der DDR und der VR China. Erinnerungen und Untersuchungen [= Berliner China-Studien 41], Münster 2002, S. 113–144, hier 119, Fn. 15.

matischer Beziehung im Oktober 1949, also noch im Gründungsmonat beider Staaten, begonnen hatte und bis in die späten 50er Jahre andauerte; eine zweite Phase, beginnend Ende der 50er Jahre, in der sich die Beziehungen in allen Bereichen zunächst allmählich und unterschwellig, dann doch zunehmend offen und deutlich verschlechterten, und die bis nach den Beginn der Kulturrevolution in China (1966/67) andauerte; eine dritte Phase, die nach dem Beginn der Kulturrevolution anfang und bis zu deren Ende nach dem Tode Maos im Jahre 1976 anhielt, in der die Beziehungen zwischen den beiden Parteien insgesamt als sehr angespannt und temporär sogar als hitzig zu bezeichnen sind und die zwischenstaatlichen Beziehungen zeitweise fast gänzlich zum Erliegen kamen, auch wenn zumindest von Seiten der DDR in der zweiten Hälfte dieser Phase das Bestreben nach einer gewissen „Normalisierung“⁴ dieser Beziehungen feststellbar ist⁵; und schließlich einer vierten Phase der zunächst vorsichtigen, dann doch allseitigen Wiederannäherung, die in den späten 70er Jahren begann und bis zum Ende des SED-Regimes in der DDR 1989/90 andauerte.

Der vorliegende Aufsatz konzentriert sich auf den Zeitraum der späten 50er und frühen 60er Jahre, also den des Übergangs von der hier bezeichneten ersten zur zweiten Phase im zwischenstaatlichen Verhältnis zwischen der DDR und der VR China. Auch wenn der größere historische Rahmen und die allgemeinen politischen Hintergründe des sich in dieser Phase vollziehenden Bruchs in diesem zwischenstaatlichen Verhältnis ohne größere Umstände rekonstruierbar sind, können doch bei genauerer Betrachtung viele Fragen in Bezug auf nähere Details und die zugrunde liegenden Ursachen und Motive der beteiligten Akteure noch keineswegs als überzeugend beantwortet betrachtet werden und sind nach wie vor umstritten. Vor dem Hintergrund einer kritischen Erörterung bereits

- 4 Dieses Ziel wurde in Übereinstimmung mit der sowjetischen Führung auch öffentlich so postuliert. Vgl. z.B. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: SAPMO-BArch), DY/30/IV 1/VIII: 7, Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den VIII. Parteitag der SED. Berichtersteller: Genosse Erich Honecker (Juni 1971 in Berlin). Aufgrund der Tatsache, dass die bilateralen Beziehungen sich im Grunde auf einen streng formellen Verkehr beschränkten kam Peter Dittmar: Normalisierung oder Formalisierung? Zum Verhältnis der DDR zu China. In: Deutschland Archiv 6 (1973), Nr. 4, S. 367–370, hier 368–370, jedoch zu dem Schluss, dass eigentlich nicht von einer „Normalisierung“ des Verhältnisses zwischen DDR und VR China in dieser Phase die Rede sein könne, sondern allenfalls von einer „Formalisierung“ der zwischenstaatlichen Kontakte .
- 5 Die DDR-Propaganda selbst sprach 1974, anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung der VR China, davon, dass (bis zum damaligen Zeitpunkt) „in der Geschichte der VR China zwei große völlig unterschiedliche Perioden [existierten]: 1949 bis 1958 und 1958 bis in die Gegenwart.“ (Dietmar Klein: Zum 25jährigen Bestehen der Volksrepublik China. In: Einheit 29 [1974], Nr. 8, S. 984–992, hier 985.).

vorliegender Interpretationen der damaligen Entwicklungen und bestehender Erklärungsmodelle soll in dieser Untersuchung versucht werden, hier zu einem vollständigeren, verständigeren und zutreffenderen Bild zu gelangen.

Trotz des insgesamt deutlich verbesserten Zugangs zu entsprechenden Archiven nach dem Ende der DDR (auch wenn diese streckenweise eher dünn gesät sind)⁶ ist die Erforschung der Geschichte der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China auch zwei Jahrzehnte später noch sehr unterentwickelt – selbst gemessen daran, dass außenpolitische Fragen innerhalb der weitläufigen DDR-Forschung generell „eher stiefmütterliche“⁷ Behandlung genießen.⁸

Dass die insgesamt vierzigjährige Geschichte der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China bis dato erst in sehr unzureichendem Maße Gegenstand wissenschaftlichen Forschungsinteresses gewesen ist, erscheint umso bedauerlicher, wenn man in Rechnung stellt, welche interessanten Gemeinsamkeiten – bei allen offensichtlichen Unterschieden in der historischen und kulturellen Ausgangssituation – die internationale Stellung beider Staaten aufwies: Die politischen Führungen beider Staaten teilten nach dem zweiten Weltkrieg ähnliche politische Grundauffassungen, und beide Länder waren Teil des damals entstandenen „sozialistischen Lagers“; beide Staaten verstanden sich nur als einen Teil eines zuvor gespaltenen Landes, und diese Ausgangssituation brachte entsprechende Schwierigkeiten bei den Bemühungen um internationale Anerkennung mit sich⁹; schließlich befanden sich beide Länder geographisch an den Außenrändern ihres Blocks und konnten somit als „Frontstaaten“ gelten. Und dennoch waren die Beziehungen zwischen den beiden Staaten, die sich zumindest über lange Zeit als „sozialistische Bruderländer“ verstanden, temporär ausgesprochen angespannt, was an sich schon Anlass für historisches Interesse

6 Vgl. zu dieser Thematik Ulrich Lau: Neu zugängliche Quellen – wenig bekannte Hintergründe. Dokumente des Zentralen Parteiarchivs des ehemaligen Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und ihr Wert für die Untersuchung der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China im Zeitraum 1949–1962. In: Focus Ostasien (1992), Nr. 4, S. 35–37; Peter Merker: Die Nutzung von Archivgut der deutsch-chinesischen Beziehungen in der Historiographie der DDR, in: Krüger: Beiträge..., S. 231–246.

7 Die Formulierung „eher stiefmütterlich“ wurde hier von Joachim Stoltyseck: Die Aussenpolitik der DDR [= Enzyklopädie Deutscher Geschichte 69], München 2003, S. XII, übernommen.

8 Für die wohl umfangreichsten bibliographischen Auflistungen zur Geschichte des Verhältnisses zwischen der DDR und der VR China darf ich neben Meißner/Feege: DDR und China, auch auf meine Untersuchung, Beda Erlinghagen: Von „wildgewordenem Kleinbürgertum“ und „Weltherrschaftsplänen“. Die Volksrepublik China im Spiegel der DDR-Presse (1966–1976). Eine kritische Studie [= PapyRossa Hochschulschriften 81], Köln 2009, verweisen.

9 So wurde die DDR erst 1973 Mitglied der UNO, die VR China 1971.

sein sollte. Die Bedeutung der VR China in diesem Kontext liegt schließlich nicht nur in ihrer immensen Größe, sondern ist auch darin begründet, dass sie insbesondere seit den 70er Jahren zunehmend als weltpolitischer Akteur auftrat.

Die erst anfängliche Entwicklung der wissenschaftlichen Forschung in diesem Bereich geht auch mit einem entsprechend niedrigem Reflexions- und Diskussionsniveau einher; sie bringt mit sich, dass auch sehr fragwürdige Interpretationen in Bezug auf die Entwicklung der Auseinandersetzung zwischen der DDR und der VR China noch wenig hinterfragt im Raume stehen. Als ein Problem in der Forschung erweist sich dabei die Tendenz, „ideologische“ Motive einerseits und „realistische“ oder „machtpolitische“ Beweggründe und Herangehensweisen der beteiligten Akteure andererseits in starrer und sich ausschließender Weise gegenüber zu stellen. Tatsächlich jedoch dürfte eine derartige dichotomische Gegenüberstellung scheinbar entgegengesetzter Handlungsmotive ein wirklichkeitsfremdes und zu schematisches Bild von den realen historischen Abläufen zeichnen und den damaligen Entwicklungen in ihrer Komplexität nicht gerecht werden. Vielmehr scheinen „ideologische“ und „realistische“ oder „machtpolitische“ Motive nicht in einem starren Gegensatz zu stehen, sondern sich gegenseitig zu durchdringen. In der kommunistischen Theorie war wie bei wenigen anderen Gesellschaftskonzepten das Ziel der politischen Macht von jeher offen deklariert enthalten, umgekehrt wurde diese Macht oder politische Herrschaft im Allgemeinen nie als Selbstzweck verstanden, sondern als (bloßes) Mittel zur Erreichung bestimmter (ideologisch vermittelter) politischer Ziele und zur Verfolgung bestimmter Interessen. Ein flexibles Einbeziehen konkret vorzufindender Umstände war dabei – zumindest theoretisch – immer mitgedacht. Insofern umgekehrt pragmatische oder (im engeren Sinne) „machtpolitische“ Denkhaltungen und Methoden Einzug in der kommunistischen Bewegung gehalten haben, stellte das keine Abkehr von einer „ideologischen“ Herangehensweise schlechthin dar, sondern vielmehr die zumindest partielle Ersetzung einer Ideologie durch eine andere – es war dies Ausdruck der (auch ideologischen oder philosophischen) Vorstellung gewesen, dass unmittelbares Nützlichkeitsdenken letztlich zweckmäßiger sei als die Orientierung an bestimmten fundamentalen politischen „Dogmen“, die für nicht mehr zeitgemäß oder nicht praktikierbar gehalten worden sind.¹⁰

10 Interessanterweise bestehen durchaus gewisse Berührungspunkte zwischen dem von mir verfolgten Ansatz und einer gerade im Bereich der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte der internationalen Beziehungen der KP Chinas angesiedelten Tendenz der jüngeren Vergangenheit

Ein weiteres, eigentlich verwandtes Problem in diesem Kontext stellt ein gewisses Unverständnis, mitunter auch bestimmtes Desinteresse an den dem Konflikt zwischen der SED und der KP Chinas zugrunde liegenden ideologischen und politischen Streitfragen dar, was zu fatal irrigen Schlussfolgerungen führen kann. In den früheren, noch sehr stark totalitarismustheoretisch geprägten Publikationen der 60er Jahre zu den ostdeutsch-chinesischen Auseinandersetzungen war sogar noch die deutliche Tendenz erkennbar, den „sino-sowjetischen Konflikt“ weitgehend auf einen machtpolitischen Kampf um die „Vorherrschaft in der kommunistischen Staatenwelt“ zu reduzieren, wobei die eigentlichen ideologisch-politischen Streitfragen als bloße Staffage erschienen, während die Positionierung der SED demnach wiederum schlichtweg als eine Frage einer ebenfalls machtpolitisch kalkulierten „Loyalität“ erschien. Doch auch heute noch ist die These verbreitet, dass der damalige SED-Führer Walter Ulbricht „eigentlich“ eine größere inhaltlich-politische Nähe zu Mao Zedong, als zum sowjetischen Führer Chruschtschow aufgewiesen habe, und dass er sich nur aufgrund der allseitigen Abhängigkeit von der sowjetischen Seite letztlich doch für diese entschieden habe – eine These, die auf schwachen Beinen steht und die im Verlauf dieses Aufsatzes noch eingehender kritisiert werden soll.

In einigen neueren Untersuchungen der vergangenen Jahre wurde – nicht zuletzt basierend auf mittlerweile zugänglichem Archivmaterial – die Bedeutung der sowjetischen Seite für die damalige Positionierung der SED-Führung dagegen erheblich relativiert. Nicole Stuber-Berries hat in ihrer Dissertation¹¹ eine Vielzahl von Belegen dafür vorbringen können, dass die Haltung und Vorgehensweise der SED-Spitze – gerade in den Jahren des entscheidenden Bruchs zwischen der DDR und der VR China – nicht maßgeblich auf etwaigen sowjetischen Druck zurückzuführen wäre, sondern weitgehend selbständig erfolgte und von eigenen Interessen geleitet war. In meiner, nunmehr in überarbeiteter Form veröffentlichten Magisterarbeit¹² (die sich schwerpunktmäßig mit einer späteren Phase in den ostdeutsch-chinesischen Beziehungen befasst) wurde an zentraler Stelle die enge

hin zu einem stärker historischem, umfassenderen Verständnis der Rolle von Ideologie in politischen Prozessen – weg von einem (politikwissenschaftlich inspirierten) engen, ahistorischen, farblosen Verständnis, das sich in starren Dichotomien wie der zwischen „ideologischen“ versus „realistischen“ politischen Handlungsmotivationen bewegt (Vgl. hierzu: Michael H. Hunt: *Constructing a History of Chinese Communist Party Foreign Relations*. In: *Cold War International History Project Bulletin* 6–7, Winter 1995–1996, S. 126–136.).

11 Stuber-Berries: *East German China Policy...*

12 Erlinghagen: *Von „wildgewordenem Kleinbürgertum“...*

Abhängigkeit der Entwicklung des zwischenstaatlichen Verhältnis zwischen der DDR und der VR China von der Entstehung ideologisch-politischer Differenzen und deren Wahrnehmung durch die maßgeblichen Akteure aufgezeigt. (Beide Arbeiten entstanden übrigens in Unkenntnis voneinander.)

Dennoch war die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China von jeher von zwei Faktoren von internationaler Bedeutung überlagert und durch deren Verlauf nicht unwesentlich beeinflusst: den Ost-West-Konflikt einerseits und den Entwicklungen im sowjetisch-chinesischen Verhältnis andererseits. Was den zuletzt genannten Faktor betrifft, so lassen sich aufgrund der engen Bindung der DDR an die Sowjetunion die ostdeutsch-chinesischen Beziehungen schwerlich losgelöst vom Auf und Ab in dem Verhältnis zwischen der UdSSR und der VR China verstehen, weswegen hier gewissermaßen auch von einem Dreiecksverhältnis gesprochen werden könnte. Gleichzeitig kann nach wie vor die Frage, welchen Handlungsspielraum die DDR im Laufe ihrer vierzigjährigen Existenz gegenüber der sowjetischen Seite hatte, als keineswegs endgültig geklärt angesehen werden. Innerhalb der Forschung hat sich in dieser Frage bis jetzt kein Konsens herausgebildet, ist auch mit Öffnung der Archive das Bild weiterhin unübersichtlich. Doch hat sich bereits ein Bild herauskristallisiert, demzufolge das Verhältnis zwischen der DDR und der Sowjetunion zum einen kein statisches gewesen ist, sondern im Laufe der Zeit durchaus so manchen Wechsel durchgemacht hat; andererseits dürfte sich die Rolle der DDR auch nicht auf die eines bloßen Erfüllungsgehilfen der UdSSR reduzieren lassen, sondern sie war wohl sehr viel konflikträchtiger, als es lange angenommen worden ist.¹³ Auch in dieser Hinsicht dürfte die Frage des Verhältnisses zur VR China von nicht ganz geringer Bedeutung sein, zumal – wie in diesem Aufsatz noch eingehender dargestellt werden soll – namentlich in der hier zu behandelnden Phase der späten 50er und frühen 60er Jahre die Positionierung der DDR-Regierung gegenüber der chinesischen Seite (trotz genereller Loyalität der UdSSR gegenüber) keineswegs als durchgehend deckungsgleich mit der sowjetischen Haltung zu bezeichnen ist.

13 Einen recht aktuellen Einblick in den Forschungsstand zur Frage des außenpolitischen Handlungsspielraumes der DDR gibt Joachim Scholtyseck in seinem bereits erwähnten Band Aussenpolitik der DDR (Vgl. ebd., S. 60–65.). Darin findet sich auch ein Literaturverzeichnis mit Titeln, die sich weitergehend mit diesem Themenkomplex befassen (S. 160–161, 163–164). Sehr hilfreich ist in dieser Hinsicht auch Hermann Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989 [= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 72], München 2007.

Die Entstehung des Bruchs zwischen der DDR und der VR China

Nach der umgehenden Aufnahme diplomatischer Beziehungen schlossen dann im Jahre 1950 die DDR und die VR China erstmals ein Handelsabkommen, 1951 ein Kulturabkommen.¹⁴ Der Juni des Jahres 1951 wurde offiziell als „Monat der Deutsch-Chinesischen Freundschaft“ begangen.¹⁵ Auch wenn sich die Beziehungen in den ersten Jahren eher zögerlich entwickelten, verbreitete sich in der DDR der 50er Jahre – insbesondere in Künstlerkreisen – eine regelrechte „China-Euphorie“.¹⁶ Schriftstellerinnen und Schriftsteller wie Anna Seghers, Stephan Hermlin, Bodo Uhse oder Willi Bredel schrieben enthusiastisch über das neue China.¹⁷ Ab dem Jahr 1954 erlebten die ostdeutsch-chinesischen Beziehungen nochmals einen deutlichen Aufschwung. Der chinesische Ministerpräsident Zhou Enlai besuchte 1954 erstmals die DDR, sein Amtskollege Otto Grotewohl leitete im Folgejahr eine DDR-Regierungsdelegation bei einer offiziellen Chinareise. Im Dezember desselben Jahres schlossen beide Regierungen dann einen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit“ ab.¹⁸

Auch die Wirtschaftsbeziehungen nahmen mit der Zeit an Bedeutung zu, wobei die chinesische Seite primär Lebensmittel lieferte, die DDR Maschinen und auch ganze Industrieanlagen. In den Jahren 1957/58 nahm die DDR den dritten Platz unter Chinas Außenhandelspartnern ein, 1959 nach der UdSSR gar den zweiten. Auch kam es im Jahre 1959 noch zu einer Vereinbarung über wissenschaftliche Zusammenarbeit der Deutschen Akademie der Wissenschaften

- 14 Vgl. zum Handelsabkommen Joachim Krüger: Das erste Jahrzehnt der Beziehungen. In: Ders.: Beiträge..., S. 65–111, hier 77; zum Kulturabkommen Martina Wobst: Die Kulturbeziehungen zwischen der DDR und der VR China 1949–1990. Kulturelle Diversität und politische Positionierung [=Berliner China-Studien 43], Münster 2004, S. 30–34. Wobsts Monographie stellt die mit weitem Abstand umfassendste Darstellung der kulturellen Beziehungen zwischen der DDR und der VR China über vierzig Jahre dar.
- 15 Vgl. ebd., S. 28–30; Meißner/Feege: DDR und China, S. 63–64.
- 16 Vgl. Wobst: Kulturbeziehungen..., S. 29–36. In einem Artikel der Zeitung Sonntag vom 15. Januar 1950 wurde von einem Vortrag des Wiener Arztes Fritz Jensen über China in den folgenden begeisterten Worten berichtet: „Zum erstenmal lernte Berlin einen neuen Augenzeugen der weltbewegenden Umwälzungen im Fernen Osten kennen. Die Zuhörer saßen und standen dicht gedrängt in mehreren Räumen zweier Etagen (Lautsprecher übertrugen die Reden) und bereiteten Dr. Jensen und besonders seiner Gattin, Frau Wu An Wang als Vertreterin des chinesischen Volkes, herzliche Ovationen der Freundschaft.“ (zit. in Wobst: a.a.O., S. 28.).
- 17 Vgl. ebd., S. 140–157.
- 18 Vgl. Meißner/Feege, DDR und China, S. 64–65; Krüger, Das erste Jahrzehnt..., S. 78–81; Siegfried Bock: Der Freundschaftsvertrag von 1955. In: Krüger: Beiträge..., S. 33–46.

in Berlin und der chinesischen Academia Sinica.¹⁹ Auch wenn Werner Meißners Bezeichnung dieser Phase als die der „konfliktfreien Kooperation“ zwischen beiden Staaten etwas übertrieben erscheint, kann hier das zwischenstaatliche Verhältnis insgesamt sicher noch als weitgehend positiv bewertet werden.²⁰

Doch lassen sich die Anfänge des eigentlichen aufkommenden Konflikts zwischen der DDR und der VR China in der Tat bis in die späten 50er Jahre zurückverfolgen. So bestand, wie Joachim Krüger darlegt, schon im Jahre 1958 innerhalb der SED-Führung darüber Klarheit, dass in wirtschaftspolitischen Fragen ganz erhebliche Differenzen zur chinesischen Linie existierten.²¹ Im Jahre 1960 kam es dann zu einer Art Eklat, als an dem chinesischen Pavillon auf der Landwirtschaftsausstellung in Markkleeberg 1960 die in China unlängst entstandenen Volkskommunen als höhere Form landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften bezeichnet wurden, weil befürchtet wurde, das erwecke in der Öffentlichkeit den Eindruck, sie sollten auch in der DDR eingeführt werden.²² In der kommenden Periode übernahm die SED dann schließlich auch endgültig in allen strittigen politischen Fragen im „sino-sowjetischen Konflikt“ die Position Moskaus.²³ Die „Führer der KPCh“ würden, so hieß es nun deutlich, „linkssektiererisch-dogmatische und nationalistische Auffassungen“ vertreten, betrieben eine „Fraktions- und Spaltertätigkeit“ und seien „Feinde des Volkes“²⁴.

19 Vgl. SAPMO-BArch, DY/30/ IV 2.04:392.

20 Vgl. zu den Wirtschaftsbeziehungen in dieser Phase Stuber-Berries: *East German China Policy...*, S. 22–33; Claudie Gardet: *Les relations de la République populaire de Chine et de la République démocratique Allemande (1949–1989)*, Bern u.a. 2000, S. 69–76; Harald Möller: *DDR und VR China. Unterstützung der VRCh auf politischem, ökonomischem und militärischem Gebiet (1949–1964). Eine Dokumentation [= Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 8]*, Berlin 2003, S. 14–26; Krüger: *Das erste Jahrzehnt...*, S. 90–99.

21 Vgl. hierzu Krüger: *Das erste Jahrzehnt...*, S. 90.

22 Vgl. Meißner/Feege: *DDR und China*, S. 116–121 [= Dok. 27–30]; Stuber-Berries: *East German China Policy...*, S. 171–174.

23 Eine umfassende chronologische Bibliographie zu Veröffentlichungen von SED (und KPD) zu dem Konflikt mit der KPCh in dieser Zeit findet sich in Ilse Spittmann: *Die SED und Peking. Entwicklung und Stand der Beziehungen im sowjetisch-chinesischen Konflikt*. In: *SBZ-Archiv 15 (1964)*, Nr. 16, S. 248–255, hier 255. Eine allseitige Kritik an den Positionen der KPCh aus Sicht der SED-Führung findet sich in der Rede Kurt Hagers zur Politik der KPCh auf dem 3. Plenum des ZK der SED am 29./30. Juli 1963 (dokumentiert in: *SBZ Archiv 14 [1963]*, Nr. 17/18, S. 272–283.).

24 Siehe u.a.: *Rede Kurt Hagers...*, S. 273; *Kommuniqué der 3. Tagung des ZK der SED*. In: *Neues Deutschland*, 31. Juli 1963 (dokumentiert in *SBZ Archiv 14 [1963]*, Nr. 15, S. 236–237, hier 237). Für die „Feinde des Volkes“ zit. n. Hemen Ray: *Die Deutschlandpolitik des kommunistischen China*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte 19 (1969)*, Nr. 16, S. 3–27, hier 11.

Auch die ökonomischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern verschlechterten sich in dieser Phase spürbar. So nahm die DDR im Außenhandel Chinas 1961 nur noch den sechsten, 1962 gar nur noch den zehnten Rang ein.²⁵ Der Export der DDR in die Volksrepublik belief sich 1960 noch auf 408 Mio. Valuta-Mark, 1962 jedoch nur noch auf 44 Mio.²⁶ Auch die qualitative Zusammensetzung der aus der VR China importierten Güter wurde von der DDR-Seite zunehmend als unbefriedigend wahrgenommen.²⁷

Bemerkenswert ist, dass sich die SED-Führung in dieser Phase erheblich bemühte, die Verbreitung chinesischen politischen Materials in der DDR zu unterbinden. Die DDR-Ausgabe von Maos Werken verschwand aus den Buchhandlungen und im August 1960 verhängte das Sekretariat des ZK der SED einen Auslieferungsstopp für zahlreiche chinesische Publikationen. Der Besuch ausländischer Botschaften wurde für DDR-Bürger genehmigungspflichtig (eine Regelung, bei der man laut Fabritzek eindeutig die chinesische Vertretung im Blick hatte) und auch die Rückberufung der DDR-Studenten aus China wurde erwogen.²⁸

Auch geht aus Archivmaterialien hervor, dass einzelne politische Äußerungen aus den Reihen der damals nur wenige Dutzende zählenden chinesischen Studenten, Aspiranten und Gast-Dozenten in der DDR, zu denen es offenbar bei diversen universitären Lehrveranstaltungen und anderen Gelegenheiten gekommen war, für ein Problem erachtet wurden, mit dem sich höchste Gremien der SED meinten beschäftigen zu müssen. So wurde ein teilweise zu „defensiver“ Umgang von Seiten der Verantwortlichen vor Ort mit ihnen kritisiert. Es bestehe auch die Notwendigkeit, die Verbreitung von „chinesischem Publikationsmaterial“ zu „unterbinden“. Im Übrigen sei das Vorgehen der betreffenden Chinesen als „Mißbrauch des von uns gewährten Gastrechts“ zu charakterisieren.²⁹

25 Vgl. Spittmann: SED und Peking..., S. 250.

26 Vgl. Helmut Reinhardt: Die DDR und China. In: Deutschland-Archiv 2 (1969), Nr. 6, S. 671–675, hier 673.

27 Vgl. Stuber-Berries: East German China Policy..., S. 199.

28 Vgl. zu diesen Themen: Uwe G. Fabritzek: Deutschland, China und der sino-sowjetische Konflikt. In: Internationales Asienforum 2 (1971), Nr. 3, S. 323; ders.: Die DDR und der Konflikt zwischen Moskau und Peking. In: Deutschland-Archiv 5 (1972[1]), Nr. 8, S. 828–836, hier 831; Stuber: Grundzüge..., S. 136–139; Meißner/Feege: DDR und China, S. 103; Krüger: Das erste Jahrzehnt..., S. 85.

29 SAPMO-BArch, DY/30/IV A2/9.04:470, Darlegung einiger Probleme unserer Arbeit mit den in der Deutschen Demokratischen Republik befindlichen chinesischen Studenten, Aspiranten und Gastlektoren (ZK der SED, Abt. Wissenschaften) (10.1.1963). In der gleichen Akte finden sich noch zahlreiche weitere Dokumente, die sich mit dem gleichen Thema befassen.

Die chinesische Seite wies, wie aus einer internen Information des ostdeutschen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) hervorgeht, die Forderung nach der Einstellung der Verbreitung von eigenem politischen Material in der DDR durch die dortige Botschaft als „unbegründete Forderung“ kategorisch zurück. Das eigene Vorgehen entspreche völlig den Gepflogenheiten innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung. Überdies habe die DDR-Seite selber unabgesprochen eigenes Material in China verbreitet, wogegen man zu keinem Zeitpunkt vorgegangen sei.³⁰

Zu beachten ist bei alledem jedoch, dass sich das Verhältnis zwischen der DDR und der VR China in dieser Phase zwar in der Tendenz eindeutig, aber eben nicht analog zu den sowjetisch-chinesischen Beziehungen verschlechterte. Zu einer Zeit, als eine eindeutig negative Bewertung des „Großen Sprungs nach vorn“ in China von Seiten Moskaus schon nicht mehr zu überhören war, als Chruschtschow keinen Hehl mehr daraus machte, dass er die damals in China entstandenen Volkskommunen für „reaktionär“ hielt³¹, waren aus Ostberlin noch durchaus positive, ja zum Teil begeistert klingende Darstellungen des in China seinerzeit in Gang gesetzten „Großen Sprungs nach vorn“ und der dortigen Volkskommunen zu vernehmen. Interessant ist in dieser Hinsicht insbesondere die Broschüre „Chinas Großer Sprung“ des damaligen Leiters der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK der SED und späteren Ministerratsvorsitzenden, Horst Sindermann.³²

Auch in Bezug auf den chinesisch-indischen Grenzkonflikt des Jahres 1959 ergriff die DDR abweichend von der sowjetischen Position zumindest anfangs noch Partei für China.³³ Die zeitweilige Übernahme bestimmter Konzepte der

30 Vgl. SAPMO-BArch, DY/30/J IV 2/2J:1028, Information Nr. 117/VII des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten an das Politbüro der SED zur Politik der KP Chinas (3.7.1963). In der gleichen Information heißt es unter der Überschrift „Chinesische Angriffe gegen die DDR“ weiter, ein Mitarbeiter des chinesischen Außenministeriums habe ferner geäußert, die Forderung der DDR-Seite nach Einstellung der öffentlichen Polemik sei „heuchlerisch“, da sich die DDR-Presse selber in der Vergangenheit mit Angriffen auf die Politik der KP Chinas und andere Parteien hervorgetan habe und erst auf sowjetisches Geheiß („dem Wink des fremden Befehlsstabes folgend“) hier von einer veränderten Taktik Gebrauch gemacht habe.

31 Donald S. Zagoria: Der chinesisch-sowjetische Konflikt 1956-1961, München 1964, S. 148.

32 Horst Sindermann: Chinas Großer Sprung, Berlin 1959. Vgl. zu diesem Thema auch Stuber-Berries: East German China Policy..., S. 50–67; Meißner/Feege, DDR und China, S. 14.

33 Vgl. Fabritzek: DDR und der Konflikt..., S. 829; Ray: Deutschlandpolitik..., S. 8.

chinesischen Volksbefreiungsarmee in der NVA der DDR³⁴ oder auch der körperliche Arbeitseinsatz für Funktionäre in der DDR wurden ebenfalls schon als Indizien für eine gewisse Übereinstimmungen der politischen Positionen von SED und KPCh interpretiert.³⁵

Um jedoch zu verstehen, warum es zu dieser zeitweiligen Differenz zwischen der DDR und der UdSSR in ihrer jeweiligen Positionierung gegenüber der VR China in dieser Phase gekommen ist, erscheint es notwendig, sich zunächst über die eigentlichen Voraussetzungen und Ursachen des damals aufkommenden „sino-sowjetischen Konflikts“ Klarheit zu verschaffen, um dann auf dieser Grundlage die Situation und die Positionierung der SED-Führung besser einordnen zu können.

Der XX. Parteitag der KPdSU und die Entstehung eines eigenständigen maoistischen Entwicklungsmodells

Für den in den späten 50er und frühen 60er Jahren einsetzenden Bruch zwischen der sowjetischen und der chinesischen politischen Führung sind im Kern zwei (miteinander verknüpfte) Ursachen anzuführen: Der auf dem XX. Parteitag der KPdSU eingeleitete politische Kurswechsel in grundlegenden politischen und programmatischen Fragen; und die Entstehung eines eigenständigen maoistischen Modells des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft in der VR China, das nun in wesentlichen Aspekten vom sowjetischen Vorbild abwich.

Auch wenn das Verhältnis zwischen den chinesischen und den sowjetischen Kommunisten in den Jahrzehnten zuvor keineswegs immer konfliktfrei gewesen ist, kann doch der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 als ein Wendepunkt in der Geschichte des Verhältnisses zwischen den beiden Parteien bezeichnet werden. Der Erste Sekretär der KPdSU, Nikita S. Chruschtschow, hatte am Ende des Parteitages in einer nicht-öffentlichen „Geheimrede“ bekanntlich die historische Rolle und die Person des drei Jahre zuvor verstorbenen J.W. Stalin in scharfen Worten kritisiert. Stalin habe um sich selber Personenkult betrieben und

34 So wurden zum Beispiel Offiziere zeitweise im Mannschaftsdienst eingesetzt. Um die Jahreswende 1960–61 wurden derartige Methoden in der NVA jedoch endgültig verworfen. Die umfassendste Darstellung zu diesem Thema findet sich bei Klaus P. Storkmann: *Das chinesische Prinzip in der NVA. Vom Umgang der SED mit den Generalen und Offizieren in der frühen NVA. Eine Dokumentation*, Berlin 2001. Vgl. auch Daniel Giese: *Die SED und ihre Armee. Die NVA zwischen Politisierung und Professionalismus 1956-1965*, München 2002.

35 Vgl. Joachim Krüger: *Das China-Bild in der DDR der 50er Jahre*. In: *Bochumer Jahrbuch für Ostasienforschung* 25 (2001), S. 258-273, hier 269–271; ders., *Das erste Jahrzehnt...*, S. 89.

gefördert, sich selber zum „Alleinherrscher“ gemacht, in seinem „krankhaften Argwohn“ innerparteiliche Auseinandersetzungen nur mit brutaler Repression ausgetragen und im „Großen Vaterländischen Krieg“ weitgehend dilettantisch agiert.³⁶ Aus Sicht der KP Chinas hingegen blieb Stalin ein „großer Marxist-Leninist“ und seine – zum Teil schwerwiegenden – „Fehler“ seien dennoch gegenüber seinen „Verdiensten“ zweitrangig.³⁷

Doch beschränkte sich die Auseinandersetzung zwischen der chinesischen und der sowjetischen Partei keineswegs auf die historische Bewertung Stalins. Weniger bekannt ist, dass neben der „Abrechnung“ mit Stalin sich auf dem XX. Parteitag zumindest in Konturen bereits ein Kurswechsel in programmatischer und theoretischer Hinsicht abzeichnete. Ausgehend von der Analyse, dass insbesondere durch die Entstehung eines mächtigen „sozialistischen Weltsystems“ einerseits und atomarer Waffen andererseits nach dem zweiten Weltkrieg eine neue Epoche eingetreten sei, bezeichnete die KPdSU-Führung nun wesentliche Positionen, die zuvor als zentrale marxistisch-leninistische galten, als überholt: Eine „Unvermeidbarkeit“ von Kriegen im Kapitalismus gebe es nicht mehr, die „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus sei „Generallinie“ sozialistischer Außenpolitik und ein „friedlicher Übergang zum Sozialismus“ in einer Reihe von Ländern sei zu einer realen Möglichkeit geworden.³⁸ Vor dem Hintergrund

36 Vgl. Die Geheimrede Chruschtschows. Über den Personenkult und seine Folgen. Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Gen. N.S. Chruschtschow, auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, 30. Juni 1956, Berlin 1990, S. 53, 68–74 (zum „Personenkult“), 14, 27 (zur „Alleinherrschaft“), 17–19, 25–44 (zur Repression), 44–52 (zum „Großen Vaterländischen Krieg“).

37 Für die damalige Position der KPCh zur „Stalinfrage“ vgl. neben diversen Schriften Maos (z.B. „Über die zehn großen Beziehungen“, in: Mao Tse-tung Ausgewählte Werke, Bd. V, Peking 1978, S. 320–346 oder Mao Tse-tung: Das machen wir anders als Moskau! Kritik der sowjetischen Politökonomie, Reinbek bei Hamburg 1975, zwei Artikel aus dem Jahre 1956, „Über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats“ und „Mehr über die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats“. Beide in: Dokumente des Kampfes der KP Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956-1966. Teil I. 1956-1963, Offenbach 2002, S. 3–15, bzw. 16–40; sowie „Zur Stalinfrage. Zweiter Kommentar zum Offenen Brief des ZK der KPdSU“. In: Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas (Hrsg.): Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1965), Berlin 1975 (Nachdruck), S. 131–156. Insgesamt ist jedoch in Rechnung zu stellen, dass die KPCh – auch im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit der sowjetischen Partei – öffentlich darauf konzentrierte, Stalins „Verdienste“ aus ihrer Sicht hervorzuheben und seine „Fehler“ eher anzudeuten. Auch war die maoistische Kritik an Stalin nicht selten eher implizit als explizit – indem man einfach dem Stalinschen Vorbild zuwiderhandelte.

38 Vgl. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag. Referat von Genossen N.S. Chruschtschow, dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, gehalten am 14. Februar 1956, Berlin 1956, S. 20–21 (zur „Unvermeidbarkeit“), 32, 39 (zur „friedlichen Koexistenz“), 45, 46–47 (zum „friedlichen Übergang“). Vgl. auch Zagoria: Der chinesisch-sowjetische Konflikt..., S. 54–57, 257–260; Peter S. H. Tang: Mao Tsetung Thought and the Soviet Union: Ideological Conflict. In: Asian Thought & Society 2 (1977), Nr. 2, S. 185–195, hier 185–186.

der damaligen Weltlage, geprägt insbesondere vom Kalten Krieg einerseits und erstarkenden Unabhängigkeitsbewegungen in den kolonialen Ländern andererseits, ist evident, dass die folgende politische Auseinandersetzung um politischen Kurswechsel der KPdSU keineswegs bloß doktrinären Charakter hatte, sondern wesentliche strategische und politische Fragen für die kommunistische Bewegung der damaligen Zeit betraf.³⁹

In der Folgezeit spitzte sich der Konflikt zwischen der chinesischen und der sowjetischen Seite weiter zu. Auch hier bildeten unterschiedliche ideologische Auffassungen die Basis für die Verschlechterung der zwischenstaatlichen Beziehungen: Differenzen bezüglich der Haltung zum und der Natur des Imperialismus, der Strategie der Revolution, Fragen von Krieg und Frieden, der Bewertung Stalins und der Beziehungen innerhalb des „sozialistischen Lagers“.⁴⁰ Aus chinesischer Sicht bedeutete die sowjetische Position, dass die Unterdrückten nicht mehr zu den Waffen greifen sollten, der Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus stattdessen durch „friedlichen Wettbewerb“ auf ökonomischem Gebiet entschieden werden sollte und alle Probleme der Welt durch Konsultationen zwischen der Sowjetunion und „vernünftigen“ politischen Führern im Westen gelöst werden sollten. Die KP Chinas veröffentlichte im Juni 1963 einen Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung und zwischen September 1963 und Februar 1964 neun Kommentare, in denen sie die „revisionistischen Positionen“ der sowjetischen Partei einer scharfen Kritik unterzog. Diese Auseinandersetzung sollte auch als „Große Polemik“ bezeichnet werden.⁴¹

Auf dem XXII. Parteitag der KPdSU wurde der neue politische Kurs systematisiert und um weitere Positionen (z.B. der vom „Staat des ganzen Volkes“) ergänzt (Vgl. hierzu v.a. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXII. Parteitag der KPdSU. In: Nikita S. Chruschtschow: Der Triumph des Kommunismus ist gewiss, Berlin 1961, S. 5–159.).

39 Dies hatte auch bedeutende Auswirkungen auf die Bewertung der damals erstarkenden nationalen Befreiungsbewegungen. Für Chruschtschow stellten sie „Brandherde“ dar, die einen „Weltbrand auslösen“ könnten. Von der KPCh wurde diese Position scharf zurückgewiesen (Vgl. Polemik über die Generallinie..., S. 221.).

40 Vgl. B. E. Shinde: Mao Tse-tung and the Development of Sino-Soviet Rift. In: China Report 13 (1977), Nr. 4, S. 34–51, hier 47.

41 Der „Vorschlag zur Generallinie“, die neun Kommentare sowie weitere chinesische und sowjetische Dokumente finden sich in dem Band Polemik über die Generallinie.... Vgl. hierzu auch: Joachim Glaubitz: China und die Sowjetunion. Aufbau und Zerfall einer Allianz [= Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung. Neue Weltmacht China 6], München 1973, S. 67–77.

Im Jahre 1964 trat die KP Chinas schließlich mit ihrer Einschätzung an die Weltöffentlichkeit, dass in der Sowjetunion Kapitalismus restauriert worden sei – nicht etwa in Form des „freien Marktes“, sondern unter wesentlicher Beibehaltung der äußeren Formen des Staatseigentums und zentraler Wirtschaftsplanung. In dem neunten der erwähnten Kommentare mit dem Titel „Über den Pseudokommunismus Chruschtschows und die historischen Lehren für die Welt“ schrieb die KP Chinas, dass im Sozialismus nach wie vor Klassen und Klassenkampf existierten und dass in der UdSSR neue bourgeoise Elemente seit der Machtübernahme Chruschtschows auf dem Wege einer „friedlichen Evolution“ zunehmend die Kontrolle über alle gesellschaftlichen Bereiche errungen hätten.⁴²

Doch begann namentlich Mao Zedong selbst in der gleichen Phase, auch das sowjetische Sozialismus-Modell der Stalin-Ära zunehmend in Frage zu stellen und nach anderen Wegen zu suchen. Konzeptionell war die chinesische Wirtschaftspolitik in den ersten Jahren des sozialistischen Aufbaus noch weitgehend dem damaligen sowjetischen Modell gefolgt. Die Entwicklung der Schwerindustrie stand eindeutig im Mittelpunkt des ökonomischen Interesses, in hohem Maße zentralisierte Planung und hierarchische Arbeitsorganisation galten insgesamt noch als unbedingt erforderlich.⁴³

Der XX. Parteitag der KPdSU und die Ereignisse in Ungarn und Polen des Jahres 1956 wiederum sollten nicht ohne Einfluss auf die Volksrepublik China bleiben. Bei Mao begann sich nun zunehmend die Einsicht durchzusetzen, dass es innerhalb sozialistischer Gesellschaften durchaus noch zahlreiche Widersprüche gebe – nicht zuletzt auch zwischen der politischen Führung und der breiteren Bevölkerung.⁴⁴ Hinsichtlich des sozialistischen Aufbaus und einer sozialistischen Planwirtschaft (um bei diesem Beispiel zu bleiben) nahm Mao immer mehr eine kritische Haltung dem sowjetischen Modell zu Stalins Lebzeiten gegenüber ein. Die Maoisten wandten sich gegen die Auffassung, dass die Verbindung aus einer verstaatlichten Wirtschaft und rascher Industrialisierung

42 Vgl. Über den Pseudokommunismus Chruschtschows und die historischen Lehren für die Welt. In: Polemik über die Generallinie..., S. 465–536.

43 Vgl. hierzu Maurice Meisner: Mao's China and after: a history of the People's Republic, 3. Aufl.: New York 1999, S. 114–120.

44 Einen guten Einblick in Maos Verständnis dieser Frage in dieser Zeit vermittelt seine Schrift „Über die zehn großen Beziehungen“, in: Mao Tse-tung Ausgewählte Werke, Bd. V. Peking 1978, S. 320–346.

mehr oder weniger automatisch zum Kommunismus führe.⁴⁵ Sie kritisierten eine einseitige Konzentration auf die Entwicklung von Schwerindustrie und die Vernachlässigung der Entwicklung von Leichtindustrie und Landwirtschaft, eine zu zentralisierte und unflexible Wirtschaftsplanung, zu hierarchische Methoden, zu starke Konzentration auf Technik und technisches Fachpersonal und eine Vernachlässigung der aktiven Beteiligung der breiten Massen.⁴⁶

Die Maoisten wandten sich gegen das, was sie „Theorie der Produktivkräfte“ nennen, d.h. eine ökonomistische Auffassung, die dem, was in marxistischer Terminologie als Entwicklung der „Produktivkräfte“ in der menschlichen Geschichte bezeichnet wird, eine einseitig entscheidende Rolle beimisst, während die „Produktionsverhältnisse“ und der „Überbau“ dabei bloß eine weitgehend passive Rolle spielten. Dieses Verständnis sei Ausdruck von mechanischem im Gegensatz zu dialektischem Materialismus. Der weiteren Revolutionierung der „Produktionsverhältnisse“ und des „Überbaus“, der bewussten Aktivität der Menschen komme in der sozialistischen Gesellschaft eine zentrale Rolle zu. In der Sowjetunion sind nach maoistischer Auffassung auch Aspekte der „Theorie der Produktivkräfte“ vertreten worden.⁴⁷

Die maoistische Auffassung von sozialistischer Planwirtschaft, die sich in dieser Zeit heraus zu bilden begann, fasst einen Wirtschaftsplan weniger als eine technische denn als eine politische Aufgabe.⁴⁸ Die Frage wirtschaftlicher

45 Vgl. Meisner: *Mao's China and after*, S. 191–192; Bob Avakian: *Mao Tsetung's Immortal Contributions*, Chicago 1979, S. 90; und Raymond Lotta: *Introduction: Maoist Economics and the Future of Socialism*. In: Ders. (Ed.): *Maoist Economics and the Revolutionary Road to Communism*. The Shanghai Textbook, New York 1994, S. XXX–XLV, hier XXIV. Wie Bob Avakian bemerkt, war diese sowjetische Vorstellung eng verbunden mit der von Stalin ab Mitte der 30er Jahre formulierten Auffassung, dass es in der UdSSR keine antagonistischen Klassenwidersprüche mehr gebe.

46 Vgl. Mao: *Das machen wir anders als Moskau!* Vgl. auch Charles Bettelheim: *China und die Sowjetunion: zwei „Modelle“ der Industrialisierung*. In: *Sowjetunion und China. Zwei Wege des sozialistischen Aufbaus*. Beiträge zur Revisionismuskritik [= Schriften zum Klassenkampf 20], München 1970, S. 50–70.

47 Diese seien zum Beispiel in der Stalinschen Position zum Ausdruck gekommen, dass Technik (später „Kader“) alles entscheidend seien (Vgl. hierzu Avakian: *Immortal Contributions*, S. 90).

48 Die folgende Darstellung stützt sich insbesondere auf das von Raymond Lotta herausgegebene „Shanghai Textbook“ sowie sein darin enthaltenes Nachwort (Afterword. *The Theory and Practice of Maoist Planning*. In: *Defence of a Viable and Visionary Socialism*. In: Lotta: *Maoist Economics...*, S. 279–332.). Vgl. zum maoistischen Entwicklungsmodell und seiner Entstehung auch Eduard L. Wheelwright / Bruce MacFarlane: *The Chinese Road to Socialism. Economics of the Cultural Revolution*, New York/London 1970, S. 197–211; John C. Gurley: *China's Economy and the Maoist Strategy*, New York/London 1976, S. 206–225; Jack Gray: *The Two Roads: Alternative Strategies of Social Change and Economic Growth in China*. In: Stuart R. Schram (Ed.): *Authority, Participation And Cultural Change in China. Essays by a European Study Group* [=Contemporary China Institute Publications 3], Cambridge 1973, S. 109–157, hier 114–121.

Effizienz sei nicht als eine neutrale Frage zu verstehen, sondern den spezifisch gesellschaftlichen Charakter einzelner Entscheidungen gelte es in Betracht zu ziehen. Aus Sicht der Maoisten müsse der sozialistische Aufbau verbunden werden mit der Überwindung von Überresten der warenproduzierenden Gesellschaft und Ungleichheiten von Hand- und Kopfarbeit, Stadt und Land etc., der revolutionären Umwandlung der Gesellschaft, sozialer Mobilisierung, der Verbreitung sozialistischer Werte sowie dem Dienst an der Weltrevolution. Preise waren Ausdruck politischer Entscheidungen, und nicht nur war die Rentabilität einzelner Betriebe nicht zentral, sondern Planerfüllung war überhaupt sekundär. Die Planziele hatten primär politischen und gesellschaftlichen Charakter.

Der zentrale Plan war nicht ein für allemal festgeschrieben, sondern sollte Raum lassen für regionale und lokale Initiativen, auch wegen unvorhersehbarer „Variablen“. Der Plan bestand aus zentralisierter Anleitung und Führung und dezentraler Initiative und Verwaltung. Kernstück des Planungsprozesses war das, was in maoistischer Terminologie als „Massenlinie“ bezeichnet wird. Der Plan galt als Führung durch Linie: Die Menschen sollten politisch für den Plan gewonnen werden. Die Methoden der Planung galten ebenfalls nicht als neutrale, rein technische Angelegenheit. Auch Stabilität und Balance der ökonomischen Entwicklung waren nicht eigentliche Ziele. Es galt, eine stabile und ausgewogene Entwicklung nicht zu sehr zu betonen, um nicht Initiative zu erdrücken. Andererseits sollten Maßnahmen ergriffen werden, um etwa die Ungleichheit zwischen den Küstenregionen und dem Landesinnern zu verringern.

Der erste umfassende Versuch, ökonomische Entwicklung entlang früherer maoistischer Sozialismusvorstellungen zu vollziehen, war der „Große Sprung nach vorn“ (1958–60). Allerdings war er – zumindest aus der Sicht Maos – keineswegs nur der Versuch, mittels gewaltiger Anstrengungen einen rasanten Fortschritt der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen, sondern zielte auf eine weitere Revolutionierung der Gesellschaft in all ihren Bereichen.

Der Große Sprung konzentrierte sich auf den ländlichen Bereich. Nachdem bereits in den Vorjahren China mehrere Stufen landwirtschaftlicher Kollektivierung durchlaufen hatte⁴⁹, wurden nun die „Volkskommunen“ geschaffen.⁵⁰ Die

49 Vgl. hierzu Robert F. Ash (Ed.): *Agricultural Development in China, 1949-1989. The Collected Papers of Kenneth R. Walker (1931-1989)*, New York 1998, S. 11–49; Meisner: *Mao's China and after...*, S. 129–148.

50 Vgl. Central Committee Decision on People's Communes, 29 April 1958. In: Harold C. Hinton (Ed.), *The People's Republic of China 1949-1979. A Documentary Survey*, Vol. 2: 1957-1965. *The Great Leap Forward and Its Aftermath*, Wilmington 1980, S. 678–680. Für die Volkskommunen und ihre

Volkskommunen waren in den damaligen Anfängen nicht bloß ökonomische, sondern auch soziale und politische Einheiten, in denen zudem Volksmilizen organisiert wurden.⁵¹ Mit großem Aufwand wurden Bewässerungsprojekte, Dämme, Straßenbau, Aufforstung, Landgewinnung und andere Maßnahmen zur Verbesserung der ländlichen Infrastruktur in Gang gesetzt, lokale Industrien (etwa zur Herstellung von Zement und Düngemitteln) und Wasserkraftanlagen sprossen aus dem Boden.⁵² In kleinen Öfen sollten überall Stahl und Eisen geschmolzen, die Stahlproduktion innerhalb eines Jahres verdoppelt werden.⁵³ Doch sollten sich viele dieser – oft auf spontane Initiativen hin entstandenen – Projekte bald als überhastet und unausgereift herausstellen. Von einer guten Ernte im Jahre 1958 inspiriert, entwickelten unrealistische Erfolgsmeldungen übereifriger lokaler Kader und überhöhte Planvorgaben eine verhängnisvolle Dynamik, bei der von den Bauern zu große Abgaben erwartet, während zu viele Arbeitskräfte der eigentlichen landwirtschaftlichen Arbeit entzogen wurden.⁵⁴ Die industrielle Produktion konnte zwar quantitativ deutlich gesteigert werden, doch war die Qualität (gerade des Stahls) oft mangelhaft.⁵⁵

Nach wie vor ist der Große Sprung als eine äußerst komplexe und widersprüchliche Phase in der Geschichte des modernen Chinas Gegenstand kontroverser Debatten und zahlreiche Fragen können hier noch als ungeklärt gelten. Doch auch wenn das Ausmaß und die relative Gewichtung einzelner Ursachen dafür noch immer umstritten sind, ist nicht ernsthaft zu bezweifeln, dass es in der späteren Phase und im unmittelbaren Anschluss an den Großen Sprung zumindest in beachtlichen Teilen des Landes zu einer Hungersnot von teilweise dramatischen Ausmaßen gekommen ist, genauso wie es außer Frage steht, dass

Entstehung vgl. auch Roderick MacFarquhar: *The Origins of the Cultural Revolution*. Vol. 2: *The Great Leap Forward, 1958-1960*, Oxford 1983, S. 77–82; Carl Riskin: *China's Political Economy. The Quest for Development since 1949*, New York 1987, S. 123–125; Jack Gray: *Rebellions and Revolution. China from the 1800s to 2000* [= *Short Oxford History of the Modern World*], 2. Aufl.: New York 2002, S. 308–310.

51 Vgl. Gray: *Rebellions and Revolution...*, S. 308–309.

52 Vgl. Wheelwright/Mac Farlane: *The Chinese Road...*, S. 47–49; Riskin: *China's Political Economy...*, S. 118.

53 Vgl. MacFarquhar: *Origins 2*, S. 88–90.

54 Vgl. ebd., 122–127; Riskin: *China's Political Economy...*, S. 118–119, 122. Carl Riskin zufolge wurden alleine 100 Millionen Personen zur Wasserkonservierung eingesetzt.

55 Vgl. MacFarquhar: *Origins 2*, S. 116.

der Große Sprung in der unmittelbaren Folge ernsthafte ökonomische Schwierigkeiten nach sich gezogen hat.

Die sowjetischen Partei- und Regierungsvertreter wiederum beobachteten den Kurs der maoistischen Führung mit wachsendem Argwohn, betrachteten ihn als „Voluntarismus“ ohne Bezug zu den „Gesetzmäßigkeiten“ gesellschaftlicher Entwicklung und zogen im Jahre 1960 ihre in China verbliebenen Techniker und andere Fachkräfte von einem Tag auf den anderen ab.⁵⁶ Es wurde in dieser Phase immer deutlicher, dass China unter Mao immer mehr einen vom stark zentralisierten, hierarchischen und auf die Entwicklung von Schwerindustrie konzentrierten sowjetischen Modell abweichenden Weg gehen sollte.

Kritische Bemerkungen zu einigen verbreiteten Erklärungsansätzen

Wie positionierte sich die SED gegenüber diesem Konflikt? Wie ist vor diesem Hintergrund die zeitweilige Dissonanz der SED-Position in dieser Hinsicht gegenüber der sowjetischen Haltung zu erklären?

In zeitgenössischen Veröffentlichungen zum Thema war noch die These auffindbar, es habe in der damaligen Phase eine „Achse“ zwischen „Peking und Pankow“ bestanden, die sich in einer Art gemeinsamer Opposition zum nachstalinischen Reformkurs der sowjetischen Parteiführung befunden habe.⁵⁷ Aus heutiger Perspektive lässt sich hingegen eindeutig feststellen, dass von einer derartigen „Achse“ zwischen der damaligen chinesischen und der DDR-Führung zu keinem Zeitpunkt die Rede sein kann – nicht in taktischer Hinsicht und noch weniger in irgendeinem strategischen Sinne. In jüngeren Veröffentlichungen wird diese These deshalb nicht mehr in der Weise formuliert, doch stößt man immer wieder auf die Einschätzung, dass die SED-Führung und namentlich Walter Ulbricht an ihrer Spitze in dem Konflikt zwischen der KP Chinas unter Führung Mao Zedongs und der KPdSU unter Chruschtschows Regie „eigentlich“ eher der Seite Maos in ihrer Ablehnung von Chruschtschows Kurs der „Entstalinisierung“ zugeneigt hätte, dass Ulbricht wie Mao Chruschtschows Kritik an Stalin „zu weit“ gegangen sei und dass die DDR-Führung nur aus machtpolitischen Erwägungen, aufgrund ihrer Abhängigkeit von Moskau und entgegen der eigenen

56 Vgl. ebenda, S.278-283.

57 Vgl. Hemen Ray: Die ideologische Achse Peking – Pankow. In: Außenpolitik 12 (1960), S. 819–825; Martin J. Esslin: East Germany: Peking-Pankow Axis?. In: China Quarterly 3 (1960), S. 85–88.

inneren Überzeugung dann doch für die sowjetische Seite Partei ergriffen habe. Diese vermeintliche größere ideologische Nähe der SED-Führung und vor allem Ulbrichts zu Mao und zur KP Chinas, so wird häufig zumindest suggeriert, sei demnach auch der eigentliche Grund für ihr zeitweiliges Abweichen von den Positionen Moskaus in diesem Konflikt gewesen.⁵⁸ Nachfolgend sollen einige zentrale Argumente, die zur Untermauerung dieser Thesen angeführt worden sind, kritisch analysiert werden, ehe dann eigene, alternative Erklärungsansätze dargelegt und begründet werden.

In einer der ganz wenigen Monographien zur Geschichte der Beziehungen zwischen der DDR und der VR China vertritt auch Harald Möller die These von der angeblichen (insgeheimen) größeren ideologischen Nähe Walter Ulbrichts zu Mao und der chinesischen Führung. Er zitiert als einen wichtigen Beleg dafür eine Äußerung Ulbrichts zur Einschätzung Stalins:

„Zweifellos hat Stalin nach dem Tode Lenins bedeutende Verdienste beim Aufbau des Sozialismus und im Kampf gegen die parteifeindlichen Gruppierungen der Troztkisten, Bucharinleute und kleinbürgerlichen Nationalisten. Als sich Stalin jedoch später über die Partei stellte und den Personenkult pflegte, erwachsen der KPdSU und dem Sowjetstaat daraus bedeutende Schäden. Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen.“⁵⁹

Allerdings zeigt diese Passage keineswegs das, was Möller mit ihr zu belegen versucht. Diese von ihm angeführte Bemerkung zur historischen Rolle Stalins entstammt ursprünglich einem Grundsatzartikel Ulbrichts zum XX. Parteitag der KPdSU und dessen Bedeutung.⁶⁰ In diesem Artikel bewertet Ulbricht die politische Linie und die Schlussfolgerungen dieses Parteitages

58 Vgl. für derartige Interpretationen Möller: *DDR und VR China...*, S. 7–14; Meißner/Feege: *DDR und China*, S. 13–14; Hemen Ray: *Peking und Pankow, Anziehung der Gegensätze, Engagement in Osteuropa und das Verhältnis zur DDR*. In: *Europa-Archiv* 16 (1963), S. 621–628, hier 625; ders.: *Ideologische Achse...*; Esslin: *Peking-Pankow Axis?*; Rüdiger Machetzki: *China und das andere Deutschland: Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Deutschen Demokratischen Republik*. In: Ders. (Hrsg.), *Deutsch-Chinesische Beziehungen*. Ein Handbuch, Hamburg 1982, S. 145–154, hier 146; Roland Felber: *China and the Claim for Democracy*. In: Marie-Luise Näth (Hrsg.): *Communist China in Retrospect. East European Sinologists Remember the First Fifteen Years of the PRC* [= *Saarbrücker Politikwissenschaft* 17], Frankfurt a.M. u.a. 1995, S. 125. Kritisch gegenüber derartigen Interpretationen ist Krüger: *Das erste Jahrzehnt...*, v.a. S. 89–90.

59 Zit. in Möller: *DDR und VR China...*, S. 7.

60 Walter Ulbricht: *Über den XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion* (4.3.1956). In: Josef Gabert/Lutz Prieß (Hrsg.): *SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956*, Berlin 1990, S. 93–115, hier 113. Vgl. auch: *Antworten und Fragen auf der Berliner Bezirksdelegiertenkonferenz der SED*. Aus der Diskussionsrede Walter Ulbrichts am 17. März 1956. In: *Ebd.*, S. 116–130.

durchgehend positiv – sei es hinsichtlich der Frage der „friedlichen Koexistenz“, der „Vermeidbarkeit“ von Kriegen oder der Frage des „friedlichen Übergangs zum Sozialismus“. Walter Ulbricht behandelte in diesem Artikel auch die von Chruschtschow vorgenommene Bewertung Stalins, wobei er auch hier nicht im Geringsten inhaltliche Differenzen zu ihr erkennen ließ, sondern ihr vielmehr in jedem Punkt zustimmte. Das nun von Möller angeführte, aus diesem größeren Kontext gerissene Ulbricht-Zitat belegt aber auch für sich genommen keineswegs irgendwelche Differenzen des SED-Führers zu der Stalin-Kritik Chruschtschows, sondern entspricht dieser auch in der Wortwahl: Auch Chruschtschow hat Stalin nämlich bei aller Schärfe keineswegs in allen Punkten kritisiert, sondern gerade dessen Rolle in den innerparteilichen Auseinandersetzungen der 20er Jahre explizit positiv hervorgehoben.⁶¹ Es mag hier und dort zu unterschiedlichen Nuancen und Gewichtungen gekommen sein, doch belegen diese keine fundamentale Differenz, sondern vielmehr eine grundlegende Übereinstimmung.

Tatsächlich ergeben sich, wie Nicole Stuber-Berries in ihrer Dissertation dargelegt hat, aus den Archiven keinerlei Hinweise darauf, dass Ulbricht in dieser Phase irgendwelche Parallelen zwischen seiner Position zur Frage der „Entstalinisierung“ und der chinesischen Haltung überhaupt auch nur ausgemacht hätte.⁶² Es ist vielmehr fraglich, inwieweit sich innerhalb der SED-Führung in der genannten Phase schon ein deutliches Bewusstsein darüber herausgebildet hatte, dass überhaupt zwischen der chinesischen und der sowjetischen Seite relevante Differenzen in der Frage der Bewertung Stalins existierten.⁶³

Es kann hier nicht eingehend diskutiert werden, inwieweit die SED den von Chruschtschow eingeleiteten politischen Kurswechsel – der mit dem Begriff „Entstalinisierung“ eher griffig als gehaltvoll bezeichnet wird – nachvollzogen hat und wo hier Unterschiede zur sowjetischen Seite erkennbar wären, doch dürfte sich hier der eher schwach unterlegte Versuch, einen relevanten Gegensatz in der Bewertung Stalins zwischen Chruschtschow und Ulbricht zu konstruieren, als wenig produktiv und hilfreich erweisen.⁶⁴

61 Vgl. Geheimrede Chruschtschows, S. 15.

62 Vgl. Stuber-Berries: *East German China Policy...*, S. 96–97.

63 Vgl. ebenda, S. 98–101.

64 Walter Ulbricht und die SED-Führung mussten sich auch von sowjetischer Seite keineswegs zur Abfassung des oben erwähnten Grundsatzartikels drängen lassen, sondern man entschloss sich, wie aus einem Telegramm Ulbrichts an die Führung der KPdSU hervorgeht, eigenständig dazu, die Ereignisse des XX. Parteitag und namentlich die Fragen, die Stalin betrafen, in einem entsprechenden Artikel öffentlich zu behandeln. Das teilte man – wohlgermerkt – der sowjetischen Seite mit, man bat

Insgesamt gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass sich Ulbricht die Stalin-Bewertung der KP Chinas in irgendeiner Weise zu Eigen gemacht hätte.

Es scheint auch aus dem Grunde vorschnell zu sein, aus der zeitweise bestehenden vergleichsweise geringeren Distanz der SED gegenüber der KPCh umstandslos auf eine stärkere Übereinstimmung in ideologischen Fragen zu schließen, da dieses Phänomen auch in anderen osteuropäischen „Volksdemokratien“ belegt ist. So war ausgerechnet das Polen des „Reformers“ Gomulka in der damaligen Phase noch stärker und noch länger um bestehende freundschaftliche Beziehungen zu China bemüht gewesen, als dies bei der DDR der Fall gewesen ist.⁶⁵

Auch Maßnahmen wie die Übernahme einzelner Konzepte und Praktiken der chinesischen Armee oder auch der Arbeitseinsatz für Funktionäre und während der Ausbildung belegen allenfalls, dass SED-Politiker bestimmte Praktiken aus China für brauchbar hielten, nicht jedoch die Übernahme damit verbundener ideologischer Grundvorstellungen (oder etwa eine „Maofizierung der NVA“), zumal die Maßnahmen in der NVA wieder abgeschafft wurden und der körperliche Arbeitseinsatz für Funktionäre keineswegs eine chinesische Erfindung gewesen ist. Spekulationen über eine ostdeutsche Beteiligung an der Entwicklung des chinesischen Atomprogramms oder etwa die Existenz einer „chinesischen Fraktion“ in der SED konnten ebenfalls nicht bestätigt werden.⁶⁶

Die Auffassung schließlich, die DDR wäre aufgrund ihrer geostrategischen Position am Ende dazu „gezwungen“ gewesen, zur Unterstützung der sowjetischen Seite „umzuschwenken“, erscheint nur vordergründig plausibel. Wozu man sich gezwungen fühlt, hängt auch davon ab, wofür man bereit ist seine eigene Position aufzugeben. Hätte die SED-Führung tatsächlich die maoistische Position übernommen, dass der politische Kurs der KPdSU zu einer Restauration des Kapitalismus führen würde, wäre es nur folgerichtig gewesen, diesen in jedem Falle abzulehnen, da sich andernfalls die Frage des Erhalts der DDR als sozialistisches Land ohnehin bereits erübrigen würde. Die These, dass die

nicht etwa um eine entsprechende Zustimmung (Vgl. Telegramm Walter Ulbrichts an das Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU vom 19. März 1956. In: Gabert/Prieß, *SED und Stalinismus...*, S. 91–92.).

65 Vgl. Douglas Selvage: Poland, and the Sino-Soviet Rift, 1963–1965 [=CWIHP e-dossier 10], http://www.wilsoncenter.org/index.cfm?fuseaction=topics.print_pub&doc_id=43898&group_id=13349&topic_id=14098&stoplayout=true [Stand: 6.11.2006]; Hemen Ray: *China and Eastern Europe*, London 1988, v.a. Kapitel 5.

66 Vgl. hierzu Krüger: *Das erste Jahrzehnt...*, S. 90.

SED nur aus pragmatischen und nicht aus Gründen der inneren Überzeugung schließlich eindeutig Partei für die sowjetische Seite ergriffen habe, unterstellt, dass dem damaligen Konflikt keine Meinungsverschiedenheiten von fundamentaler und essenzieller Bedeutung zugrunde lagen. Genau das ist aber eben ein strittiger Punkt gewesen.

Sobald sich innerhalb der SED-Führung ein verdichtetes Verständnis darüber herausgebildet hatte, dass sich zwischen der sowjetischen und der chinesischen Führung tatsächlich Differenzen in Bezug auf grundlegende Fragen herausgebildet hatten, stand die fundamentale Loyalität zur sowjetischen Seite und die grundlegende Übereinstimmung mit ihren Positionen zu keinem Zeitpunkt ernsthaft zur Disposition. Tatsächlich belegen nicht nur öffentliche Äußerungen seitens der SED-Führung, sondern auch interne Quellen aus dieser Phase, dass innerhalb der SED die grundlegende Kritik der KP Chinas an der sowjetischen Partei keineswegs geteilt wurde, sondern vielmehr grundsätzliche Übereinstimmung mit der sowjetischen Seite bestand.⁶⁷ Umgekehrt finden sich zumindest in den Archiven zu keinem Zeitpunkt irgendwelche Hinweise darauf, dass eine Präferenz chinesischer Positionen gegenüber denen der sowjetischen Partei auch nur Diskussionsgegenstand gewesen wäre. Richtig ist, wie weiter unten noch näher erläutert werden wird, dass die SED-Führung sich aus einer Reihe von Gründen zeitweise schwer damit tat, zu einer verlässlicheren Einschätzung der komplizierten Entwicklungen zu gelangen, die sich damals in der VR China vollzogen. Doch ist auch klar, dass sie sich eigenständig um eine solche bemühte (und sich dabei augenscheinlich nicht auf eine bloße Rezeption sowjetischer Dokumente beschränkte).

Auch ergeben sich zumindest aus den bisher zutage geförderten Archivmaterialien keinerlei Hinweise darauf, dass während dieser Auseinandersetzung für die schließliche Positionierung der SED irgendein sowjetischer Druck vorausgegangen oder erforderlich gewesen wäre. Gerade in den Jahren, in denen sich faktisch (wenn auch – zumeist – noch nicht öffentlich proklamiert) der entscheidende Bruch vollzogen hat, also speziell die Jahre 1960–61, agierte die SED-Führung neueren Belegen zufolge sehr weitgehend eigenständig. Erkenn-

67 So erhält man, um hier nur ein Beispiel anzuführen, aus der Information für das Politbüro der SED über Leitartikel in der „Volkszeitung“ vom 15.12.1962 (19.12.1962), SAPMO-BArch, DY/30/J IV 2/J: 918, eindeutig den Eindruck, dass zu diesem Zeitpunkt eine dezidierte negative Einschätzung der Politik der KP Chinas seitens der SED-Führung intern längst Usus gewesen ist.

barer sowjetischer Druck, sich nun auch öffentlich deutlicher zu positionieren, ist tatsächlich erst für die Folgejahre nachzuweisen.⁶⁸

Richtig ist, dass die SED – wie auch Nicole Stuber-Berries umfassend belegt – in der Polemik mit der chinesischen Partei im Allgemeinen lange Zeit noch erkennbar zurückhaltender agierte, als dies bei der KPdSU der Fall war. Stuber-Berries weiß allerdings auch von zwei Fällen namentlich zu berichten, in denen die SED-Führung es für erforderlich gehalten zu haben schien, noch deutlicher als die Sowjetunion gegen die chinesische Seite Stellung zu beziehen: zum einen im Zusammenhang mit der bereits erwähnten Auseinandersetzung um den chinesischen Pavillon auf der Landwirtschaftsausstellung in Markkleeberg, als die SED-Seite es offenbar für dringendst erforderlich gehalten hat, ein klares Zeichen zu setzen und in der Öffentlichkeit jeglichen Zweifel darüber auszuräumen, dass in der DDR nicht die Einführung von Volkskommunen nach chinesischem Vorbild anstand; zum anderen im Zusammenhang mit dem Abdruck eines Artikels eines Professor Heymann in der Berliner Zeitung, der unter Übernahme der entsprechenden chinesischen Parole den Titel „Imperialisten sind Papiertiger“ trug, was aus Sicht der SED-Führung ebenfalls eine unmissverständliche Distanzierung erforderlich machte.⁶⁹

Hier wie da – sowohl in der generell größeren Zurückhaltung, wie auch in der punktuell deutlich verschärften Polemik – offenbart sich, dass die SED-Seite keineswegs nur im Schlepptau des „großen Bruders“ agierte, sondern – im Rahmen grundsätzlicher Loyalität – durchaus selbständig eigene Interessen wahrnahm und verfolgte.

Aber auch die Behauptung Harald Möllers, Ulbricht habe das „Scheitern“ der Volkskommunen in der VR China nicht wahrhaben wollen oder geleugnet, entbehrt jeglicher Grundlage.⁷⁰ In der Tat war es Walter Ulbricht persönlich, der Anfang Juni 1960 schon recht frühzeitig öffentlich die Volkskommunen verurteilte.⁷¹ Die erwähnte Tatsache wiederum, dass anfangs aus der DDR auch noch durchaus positive Stellungnahmen zum Großen Sprung und den Volkskommunen in China zu vernehmen waren und dass in dieser Hinsicht zeitweise gewisse Differenzen zur sowjetischen Positionierung zu konstatieren

68 Vgl. Stuber-Berries: *East German China Policy...*, S. 283.

69 Vgl. zu diesen Auseinandersetzungen ebd., S. 171, 172, 228, 282 und 337–339.

70 Vgl. Möller: *DDR und VR China...*, S. 12–13.

71 Vgl. Fabritzek: *DDR und der Konflikt...*, S. 830.

wären, sollte angemessen kontextualisiert und richtig eingeordnet werden. Zum einen befand sich die DDR damals in einer anderen historischen und politischen Situation als die UdSSR. Insbesondere wurde in der DDR damals ebenfalls die landwirtschaftliche Kollektivierung vollzogen, was eine propagandistisch positive Darstellung der Volkskommunen in China zwar nicht unbedingt erforderlich machte, doch zumindest nahe legte (und sei es mit dem Verweis, dass es sich bei den Volkskommunen um eine „nationale Besonderheit“ Chinas handle die für die DDR jedoch keine unmittelbare Relevanz habe). Die UdSSR befand sich in dieser Hinsicht in einer ganz anderen Situation, da dort die landwirtschaftliche Kollektivierung im Wesentlichen bereits annähernd drei Jahrzehnte zurücklag.

Vielleicht noch wichtiger ist, dass da, wo sich führende DDR-Politiker positiv zum Großen Sprung in China äußerten, sie ihn dabei vor allem als ein Projekt verstanden, das auf einen gewaltigen wirtschaftlichen Entwicklungsschub zielte. In Horst Sindermanns bereits erwähneter Broschüre kommt dies klar zum Ausdruck. Weitergehende theoretische Fragen werden darin nur angedeutet, nicht jedoch vertieft. Die positive Reaktion auf den Großen Sprung, wie sie aus den Reihen der SED-Führung anfangs zu vernehmen war, scheint also ihren Ausgangspunkt noch sehr in der traditionellen Vorstellungswelt der kommunistischen Bewegung zu haben, wonach gesellschaftlicher Fortschritt zum großen Teil mit der Entwicklung von Produktivkräften gleichgesetzt worden ist. Der Große Sprung jedoch stellte aus maoistischer Sicht tatsächlich ein sehr viel umfassenderes Projekt dar, das als Ausdruck eines (damals in seinen Anfängen befindlichen) eigenständigen Entwicklungsmodells in vielerlei Hinsicht tatsächlich einen konzeptionellen Bruch mit vorherigen Positionen und Erfahrungen darstellte.

Vor diesem Hintergrund dürfte dann auch die spätere Ablehnung des Großen Sprungs seitens der SED-Führung keineswegs nur oder auch in relevantem Maße Ergebnis sowjetischen Drucks gewesen sein, sondern erscheint hier als nur folgerichtig: So legen heute zugängliche Archivmaterialien nämlich den Eindruck nahe, dass die DDR-Führung – basierend auf chinesischen Angaben – noch bis Mitte 1960 davon ausging, dass der Große Sprung in China ökonomisch erfolgreich sei, ehe sie dann verlässlichere Informationen über wirtschaftliche Schwierigkeiten erhalten hatte.⁷²

Behauptungen, dass sich die DDR bei ihrer landwirtschaftlichen Kollektivierung an den chinesischen Volkskommunen orientiert, bzw. diese gar „prak-

72 Vgl. Lau: Neu zugängliche Quellen..., S. 37, Fn. 7.

tisch übernommen“ habe⁷³, zeugen eher von oberflächlicher Kenntnis über die Volkskommunen, als dass sie begründet wären. Da, wo in der DDR die Volkskommunen positiv bewertet wurden, scheinen diese doch immer als eine nationale Besonderheit in China verstanden worden zu sein. (Dieses Thema war auch Gegenstand einer im Jahre 1959 in der Deutschen Aussenpolitik, der DDR-Fachzeitschrift für außenpolitische Fragen, ausgetragenen Debatte.⁷⁴) Es gab allenfalls Tendenzen, den Volkskommunen einen Modellcharakter für andere asiatische Länder zuzuschreiben.⁷⁵ Und eben aus diesem Grunde kam es auch zu dem erwähnten Eklat um den chinesischen Pavillon auf der Landwirtschaftsausstellung in Markkleeberg im Jahre 1960, gerade weil von Seiten der SED die Befürchtung aufkam, die chinesischen Volkskommunen würden durch die Art ihrer Präsentation dort als mehr als nur eine „nationale Besonderheit“ in China wahrgenommen werden. Trotz ihrer generellen Neigung, die Differenzen zu China in der Öffentlichkeit herunterzuspielen, handelt es sich hier – wie bereits aufgezeigt worden ist – um einen der (wenigen) Fälle, bei denen die SED-Führung zu einer unmissverständlichen öffentlichen Positionierung gezwungen sah (siehe oben).

Warum wich die SED-Führung in ihrer Bewertung der Entwicklungen in der VR China zeitweise von der sowjetischen Position ab? – Versuch einer Erklärung

Wenn also die verbreitete These von einer vergleichsweise größeren ideologisch-politischen Nähe der SED-Führung gegenüber Mao Zedong und seinen Genossen in der behandelten Phase nicht erhärtet werden kann, soll nun in diesem Untersuchungsabschnitt schließlich der Frage nachgegangen werden, warum es in diesem Prozess des entstehenden Konflikts mit den chinesischen Kommunisten zeitweise dann doch zu einem graduellen Abweichen von der sowjetischen Position gekommen ist. Nun ist es generell ein schwieriges Unterfangen, als Historiker die eigentlichen subjektiven Motive politischer Handlungsträger zu

73 Harald Möller: *DDR und VRCH in den 50er Jahren (Arbeitspapier)*, 2., korrigierte Fassung: Berlin 2001, S. 13. Vgl. auch Ray: *Ideologische Achse...*, S. 819; Esslin: *Peking-Pankow Axis?*, S. 87.

74 Vgl. Renate Wünsche: *Über die Bildung der Volkskommunen in den Landgebieten der Volksrepublik China*. In: *Deutsche Aussenpolitik* 4 (1959), Nr. 1, S. 52–58; Brief von Janis Schmelzer an die Redaktion der *Deutschen Aussenpolitik*. In: *Deutsche Aussenpolitik* 4 (1959), Nr. 4, S. 440–443.

75 Vgl. Stuber-Berries: *East German China Policy...*, S. 60, 66.

rekonstruieren – und selbst da, wo auf persönliche Erinnerungen von Beteiligten (in welcher Form auch immer) zurückgegriffen werden kann, sind derartige Quellen mit gebührendem skeptischen Abstand zu betrachten. Also ist man bei einer solchen Fragestellung wie der hier gegebenen darauf angewiesen, aus den verfügbaren Informationen über objektive Umstände und subjektive Positionen einzelner Handlungsträger ein möglichst stimmiges Bild zu entwerfen, das kritischen Einwänden standhält und gleichzeitig hinreichend große Erklärungskraft besitzt. Dass ein solches Bild einen weitgehend hypothetischen Charakter hat, liegt dabei auf der Hand, und dennoch sind nicht alle Hypothesen als gleichermaßen begründet zu betrachten.

Zunächst einmal hat es auf einer objektiven Ebene aus Sicht des SED-Regimes in der Phase der anwachsenden Spannungen zwischen der sowjetischen und der chinesischen Seite durchaus Sinn gemacht, eine Verschlechterung der Beziehungen zur VR China so lange wie möglich aufzuhalten oder zumindest zu bremsen (und in der Tat gab es noch längere Zeit Bemühungen, die Verschlechterung der Beziehungen zu China zumindest auf dem Gebiet des Handels aufzuhalten⁷⁶). Insgesamt stand die DDR vor anderen Notwendigkeiten und verfügte auch über andere Möglichkeiten als die Sowjetunion. Nicole Stuber-Berries hat überzeugend dargelegt, dass die SED-Führung nicht zuletzt aufgrund der schwierigen Ausgangsposition der DDR die Gefahr eines Bruchs innerhalb des „sozialistischen Lagers“ gewissermaßen als eine Art existenzieller Bedrohung wahrgenommen hat.⁷⁷ Es war bereits auch davon die Rede, dass die in der gleichen Phase vollzogene landwirtschaftliche Kollektivierung in der DDR eine spezifische Situation mit sich brachte. Zudem hatte sich die chinesische Polemik zunächst vor allem auf die jugoslawische, dann auch zunehmend auf die sowjetische Partei fixiert, während andere Parteien wie die SED lange Zeit nur ausnahmsweise in die Schusslinie gerieten. Hinter diesem Vorgehen dürfte der Versuch gestanden haben, möglichst viele andere Parteien (bzw. Teile von ihnen) in dieser Auseinandersetzung zu neutralisieren oder im besten Falle so-

76 Vgl. SAPMO-BArch, DY/30/J IV 2/2J:1114, Beschluß über die Antwort der Regierung der DDR auf die Regierungserklärung der Volksrepublik China vom 26.11.1963 und über Maßnahmen zur Durchführung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates vom 14.10.1963 (12.12.1963). In der diesem Beschluss als Anlage angehängten Antwort auf ein entsprechendes chinesisches Ansinnen ist von eigenen Bemühungen die Rede, „normale Handelsbeziehungen“ nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern sie sogar „zu erweitern“. Vgl. zu dieser Frage auch Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen..., S. 168, 273.

77 Vgl. Stuber-Berries: East German China Policy..., S. 330-336.

gar für die eigenen Positionen zu gewinnen. Selbst wenn im Falle der SED und einer Reihe anderer Parteien hier von chinesischer Seite die Chancen selbst im Vorhinein eher nüchtern eingeschätzt worden sein dürften, entbehrt auch eine solche Vorgehensweise im Grundsatz nicht einer gewissen Rationalität.

Aus Sicht der SED-Führung wiederum konnte es sinnvoll sein, diese „Zwischenposition“, in die sie in diesem Konflikt geraten war, auch bei grundsätzlicher Loyalität gegenüber der UdSSR, zu nutzen, um ihre realen eigenständigen Interessen – auch gegenüber der sowjetischen Seite – so weit wie möglich geltend zu machen, bzw. sich gewisse Freiräume zu verschaffen. Vieles spricht dafür, dass die DDR-Führung gerade in der hier behandelten Phase ihren gewachsenen Status innerhalb des sowjetisch geführten Bündnisses durchaus für die Durchsetzung eigenständiger Interessen zu nutzen bemüht war. Hermann Wentker stellt mit einiger Überzeugungskraft dar, dass die Rolle der DDR als „Schaufenster des Sozialismus“ im Rahmen der Konzeptionen der „friedlichen Koexistenz“ und des „friedlichen Wettbewerbs“ mit dem Westen ihr eben auch ganz neue Einflussmöglichkeiten eröffnete. Selbst ein aus ihrer Sicht zunächst einmal negatives Phänomen wie die ansteigende Massenabwanderung in die Bundesrepublik ermöglichte es Ulbricht demnach umso mehr, Druck auf die sowjetische Führung auszuüben, um sie „zu einer härteren Gangart in der Berlin-Frage [zu] bewegen“. Ein „engerer Zusammenschluss“ mit China, so Wentker, dürfte insoweit als weiteres Druckmittel angewendet worden sein, das zumindest bis zum Mauerbau seine Wirkung nicht verfehlt haben dürfte.⁷⁸

Nicole Stuber-Berries kommt in ihrer umfangreichen Untersuchung zu der Einschätzung, dass die DDR-Führung aufgrund der Bedeutung der bilateralen ökonomischen Beziehungen zur VR China, aufgrund innenpolitischer Erwägungen, vor allem jedoch wegen der „deutschlandpolitischen“ Dimension dieser Auseinandersetzung den entscheidenden Bruch mit der chinesischen Seite so lange als irgend möglich zu vermeiden versucht hat. Neben der chinesischen Unterstützung für die DDR in Bezug auf die „deutsche Frage“ erhoffte sich die SED-Führung demnach auch, dass die VR China ihr Prestige und ihren Einfluss namentlich in asiatischen und afrikanischen Ländern zugunsten der DDR geltend machen würde, während sie gleichzeitig wichtige Erkenntnisse über westdeutsche Aktivitäten in diesen Ländern zur Verfügung stellte. Schließlich

78 Vgl. Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen..., S. 123, 134, 137, 168-169.

sollte chinesische ökonomische Hilfe der DDR auch dazu verhelfen, im ökonomischen Wettbewerb mit der Bundesrepublik bestehen zu können.⁷⁹

Stuber-Berries' Arbeit kommt (unter anderem) der Verdienst zu, deutliches Augenmerk auf Dimensionen des damaligen Konflikts zu werfen, die bis dato nicht annähernd so tiefgehend erfasst worden waren. Es wird auch deutlich, dass etwa die Debatte um die Frage der „friedlichen Koexistenz“ von Seiten der SED-Führung keineswegs nur als eine abstrakte theoretische Frage verstanden werden konnte, sondern vielmehr als eine, die ihre eigentlichen Existenzgrundlagen betraf.⁸⁰ Umgekehrt vermag sie es nicht, restlos überzeugend darzulegen, warum die „deutschlandpolitische“ Bedeutung dieser Auseinandersetzung nicht nur eine wichtige Rolle, sondern tatsächlich die „Schlüsselrolle“ für des Verständnis der damaligen DDR-Chinapolitik einnehmen soll. Namentlich scheint bei ihr nicht hinreichend und umfassend genug erfasst zu sein, eine wie weitgehende Herausforderung die damaligen ideologisch-politischen Positionen der KP Chinas als solche für die SED-Führung dargestellt haben.

Für die Einschätzung der Ursachen für die damalige Positionierung der SED-Führung ist des Weiteren zu bedenken, dass es nach den Erfahrungen des Großen Sprungs in der VR China Anfang der 60er Jahre keineswegs ausgemachte Sache war, welchen Verlauf die Dinge dort in der Folgezeit nehmen sollten. Selbst auf Basis ihres damaligen Kenntnisstandes bestand aus Sicht der SED-Führung zum damaligen Zeitpunkt in der Tat gewisse Hoffnung, dass die chinesische Führung doch noch von einem Kurs abkommen würde, den man zum damaligen Zeitpunkt in Ostberlin schon eindeutig als einen falschen verstand. Und in der Tat finden sich in den Akten des Politbüros der SED aus der damaligen Phase einige Hinweise auf einen gewissen vorsichtigen Optimismus angesichts des sich in China damals vollziehenden politischen Kurswechsels, namentlich was die Rolle der dortigen Volkskommunen angeht. So heißt es in einer internen Information, die „auf der Grundlage von Materialien der DDR-Botschaft in Peking“ ausgearbeitet worden sei, die „vorgesehenen Veränderungen“ in der VR China beinhalteten „eine Annäherung an die Prinzipien der inneren Entwicklung der sozialistischen Länder“, wenngleich bemängelt wurde, dass zwei interne Briefe der KP Chinas (von denen man Kenntnis erhalten hatte und auf die man sich bezog) zwar Fehler in der Landwirtschaftspolitik benannten, ohne jedoch

79 Vgl. Stuber-Berries: East German China Policy..., speziell S. 130–167.

80 Vgl. ebd., S. 332–335.

„auf deren Ursachen einzugehen.“ Weiterhin rechnet man in dieser in einem sachlichen Tonfall verfassten Einschätzung ebenfalls mit gewissem vorsichtigen Optimismus damit, dass diese „vorgesehenen Veränderungen... Auswirkungen auf andere Gebiete des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens [haben würden]. Z.B Einführung des Leistungsprinzips in allen Zweigen der Volkswirtschaft...“⁸¹

Derartige interne Informationen zeigen, dass innerhalb der SED-Führung spätestens in den Jahren 1961/62 eine dezidiert kritische Position zur Politik der KP China schon lange Bestand hatte, dass man sich aber gleichzeitig nicht ganz im Klaren darüber war, ob diesbezüglich nicht doch noch Hoffnung auf einen Kurswechsel in eine (aus Sicht der SED) positive Richtung bestand. Auch vor diesem Hintergrund ist nachvollziehbar, warum die SED-Führung noch längere Zeit einen eindeutigen Bruch mit der KP Chinas zu vermeiden versuchte.⁸²

All diese Faktoren beschreiben bis zu einem bestimmten Punkt die objektiven Rahmenbedingungen, in denen sich die SED-Führung in der damaligen Phase befand und innerhalb denen sie sich bewegen musste. Doch befinden sich historische Akteure höchst selten in einer Situation, in der äußere Umstände und Machtkonstellationen, in denen auch die eigenen Kapazitäten nur eine einzige Handlungsoption ermöglichen. In den allermeisten Fällen ergeben sich für die handelnden Personen mehrere Möglichkeiten. Auch hieraus ergibt sich ein hohes Maß an Kontingenz, das die Geschichte durchzieht. Wofür sie sich letztlich in einer gegebenen Situation entscheiden, warum sie sich für die eine Option und gegen eine andere Option entscheiden, dafür ist es notwendig zu verstehen, welches Verständnis die handelnden Akteure von der sie umgebenden Situation haben, welche Optionen sie für sich selber gesehen haben, welche Interessen und Ziele sie dabei verfolgt haben und nicht zuletzt auch, vor welchem Erfahrungshintergrund und auf Basis welcher konzeptioneller und weltanschaulicher Grundlagen sie gehandelt haben. Dies sollten die Leitfragen sein, will man sich einem möglichst richtigen Verständnis von der Positionierung der SED-Führung zum damaligen „sino-sowjetischen Konflikt“ annähern.

81 SAPMO-BArch, DY/30/J IV 2/2J:3856, Information der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen für das Politbüro der SED über einige Veränderungen in der Politik der KP Chinas gegenüber den ländlichen Volkskommunen (12.8.1961). Vgl auch SAPMO-BArch, DY/30/J IV 2/2J:899, Information des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten an das Politbüro der SED zur Einschätzung des 10. Plenums des ZK der KP Chinas (9.11.1962).

82 Auch Nicole Stuber-Berries hat bemerkt, dass es innerhalb der SED-Führung noch erstaunlich lange die markante Tendenz gegeben hat, auf eine „Lernfähigkeit“ der chinesischen Führung zu hoffen und sich diesbezüglich selbst noch auf die geringfügigsten Signale in diese Richtung zu fixieren (Vgl. Stuber-Berries: *East German China Policy...*, S. 326.).

Hierbei zeigt sich zunächst des Weiteren, dass man innerhalb der SED-Führung damals in der Tat bemüht gewesen ist, sich durchaus selbständig ein Bild über die sich in diesen Jahren in der VR China vollziehenden Veränderungen zu machen und diesbezüglich zu einer Einschätzung zu gelangen. Das Archivmaterial des Politbüros macht klar, dass dabei sowjetische Positionen durchaus zu Rate gezogen wurden, sicher auch als gewichtig betrachtet worden sind, aber eben eine eigene Meinungsfindung nicht ersetzt haben. Allerdings zeigt sich auch, dass man noch lange Zeit durchaus Schwierigkeiten hatte, sich ein kohärentes Bild über die komplexen Entwicklungen in der VR China zu machen und die Politik der KP Chinas genauer zu verstehen. Dass man dieses Defizit intern durchaus als ein Problem wahrnahm, zeigte sich zum Beispiel noch anhand einer internen Information aus dem Jahre 1962, in der über eine „Grobeinschätzung“ der politischen Linie der KP Chinas und ihre historische Entwicklung berichtet wurde, die von „leitenden Genossen unserer Botschaft in Peking“ vorgenommen worden sei. „Genosse Hegen“ von der dortigen DDR-Auslandsvertretung macht diese „Grobeinschätzung mit eigenen Vorbehalten“ und bemerkt, wie schwierig es sei, sich in komplizierten Mengen von Nachrichten zurechtzufinden. Immerhin sah man sich jedoch damals schon in der Lage festzustellen, dass die KP Chinas „besonders in der Zeit des ‚Großen Sprungs‘“ das Ziel verfolge, „schrittweise auch eine eigene, dem Marxismus-Leninismus widersprechende ideologische Plattform zu schaffen.“⁸³

Hier ist es wichtig zu bemerken, dass die DDR-Botschaft in der VR China gerade in dieser Zeit noch eine sehr wichtige Informationsquelle für die SED-Führung war, was Entwicklungen in der VR China betraf. Das hing auch nicht zuletzt damit zusammen, dass es damals noch keine systematische wissenschaftliche Forschung zum zeitgenössischen China in der DDR gab – eine solche wurde erst in der zweiten Hälfte der 60er Jahre etabliert und erhielt dann auch die entsprechende Förderung.⁸⁴ Also stützte man sich bei dem Versuch, die sich in China vollziehenden Entwicklungen zu verstehen, auf Bewertungen der eigenen Botschaft, sicher auch auf sowjetische Einschätzung und eben lange Zeit auch noch auf die Darstellungen der chinesischen Seite.⁸⁵

83 SAPMO-BArch, DY/30/J IV 2/2J: 808, Information der Abteilung Außenpolitik und Internationale Verbindungen für das Politbüro der SED über das Verhalten der KP Chinas zu wichtigen Fragen des Marxismus-Leninismus (März 1962).

84 Vgl. Roland Felber: Zur gegenwartsbezogenen Chinawissenschaft in der DDR. In: Berliner China-Hefte, Nr. 14 (Februar 1999), S. 34–45, hier 35.

85 So finden sich z.B. im Nachlass Walter Ulbrichts noch sehr umfangreiche Informationen über die Politik des Großen Sprungs, die ihm auf sein Anfragen von Seiten der chinesischen Botschaft in der

Dieses Defizit zeigt sich zum Beispiel auch daran, dass die chinesische Führung innerhalb der damaligen internen Einschätzungen der SED noch weitgehend als ein monolithischer Block erscheint. Die gerade in der Zeit nach dem Großen Sprung anwachsenden scharfen Konflikte innerhalb der Führung der KP Chinas vermochte man innerhalb der SED damals allem Anschein nach noch nicht zu registrieren. (Hierin unterschied sich die SED offenbar recht deutlich von der sowjetischen Führung. So war es Chruschtschow selbst, der den nach seiner Kritik an der Politik des Großen Sprungs abgesetzten chinesischen Verteidigungsminister Peng Dehuai als „guten Freund“ bezeichnet haben soll, dessen Bild er gerne aufhängen würde.⁸⁶)

Diese Faktoren gilt es im Auge zu behalten, wenn man versucht, die Entwicklung der Haltung seitens der SED-Führung zu den damaligen Entwicklungen in China zu verstehen. Wenn schon innerhalb Chinas einige Zeit ins Land ging, bis sich innerhalb der dortigen politischen Führung Opposition gegen den Großen Sprung artikuliert und konstituierte, so ist es wenig überraschend, wenn sich die SED-Führung aus der Distanz und angesichts der beschriebenen Umstände erst nach einer ganzen Weile ein schärfer umrissenes Bild von den sich dort vollziehenden dramatischen Entwicklungen hatte machen können. Dass danach noch mehr Zeit verstrich, bevor man seine Differenzen dann auch in der Öffentlichkeit präsentierte, dürfte angesichts der in solchen Parteien üblichen Verfahrensweisen und der beschriebenen Umstände umso weniger überraschen. Auf Basis der ihr zur Verfügung stehenden Informationen konnte die SED-Führung noch längere Zeit davon ausgehen, dass der Große Sprung in der VR China in der Tat ökonomisch erfolgreich sei.⁸⁷ Entsprechend dem tradierten Verständnis innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung, demzufolge gesellschaftlicher Fortschritt innerhalb der sozialistischen Gesellschaft weitgehend mit wachsendem ökonomischen Ausstoß gleichgesetzt wurde, war es aus Sicht der SED nur folgerichtig, den Großen Sprung und die Volkskommunen – trotz realer Bedenken und theoretischer Differenzen – noch einige Zeit gut zu hei-

DDR zur Verfügung gestellt worden waren (SAPMO-BArch, FBS 363/15324, Material für W. Ulbricht über die Volkskommunen in der VR China [15.12.1958]).

86 Vgl. MacFarquhar: *Origins 2*, S. 64–68, bzw. 277.

87 Es gab zwar schon Ende 1958 vorsichtige interne Hinweise über aufkommende Versorgungsschwierigkeiten in der VR China, über die die DDR-Botschaft von Seiten des chinesischen Außenministeriums informiert worden war, jedoch waren diese noch wenig konkret und verdichtet (Vgl. SAPMO-BArch, FBS 363/15322, Abschrift eines Telegramms des Gen. Wandel an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten [12.12.1958]).

ßen. Je deutlicher wiederum wurde, dass mit dem Großen Sprung bedeutende wirtschaftliche Schwierigkeiten einhergingen, war es genauso folgerichtig aus Sicht der SED, ihn als ein gescheitertes Projekt zu betrachten. Je weniger man zudem manches Absonderliche, was man in China zu beobachten meinte, einfach als Ausdruck „nationaler Besonderheiten“ verbuchen konnte, das einen irgendwie stutzig machte, über das man sich aber nicht vorschnell ein abschließendes Urteil erlauben wollte, und je mehr man erkannte, dass dort in China ein grundlegend neuer Weg beim Aufbau des Sozialismus eingeschlagen wurde, der in vielerlei Hinsicht einen konzeptionellen Bruch mit bisherigen Erfahrungen darstellte, umso klarer und bestimmter wurde die SED-Führung dann auch in ihrer Opposition zu alledem.

Bei genauerem Hinsehen ist klar, dass auch schon Jahre vorher nicht unerhebliche Unterschiede in manchen wichtigen ideologischen und politischen Fragen zwischen der KP Chinas und der SED, zwischen Mao Zedong und Ulbricht bestanden hatten. Doch waren diese lange nicht so offensichtlich geworden und wurden über Jahre durch die gemeinsame Zugehörigkeit zu einem „Lager“ und einer Bewegung, gewissermaßen durch eine gemeinsame „Frontstellung“ großenteils überdeckt. Werner Meißner benennt hier vier Grundlagen für das positive Verhältnis zwischen der DDR und der VR China in der ersten „Phase der konfliktfreien Kooperation“:

- Die politischen Systeme der DDR und der VR China waren durch vier gemeinsame Merkmale gekennzeichnet: Einparteienherrschaft, Ideologie des Marxismus-Leninismus bzw. des Maoismus als Staatsdoktrin, zentralistisches Verwaltungssystem und zentrale Planwirtschaft.
- Die SED und die KP Chinas erkannten den sowjetischen Entwicklungsweg als Vorbild für die eigene politische Entwicklung an.
- Beide Parteien waren Teil der kommunistischen Weltbewegung und erkannten die sowjetische Führungsrolle im Weltkommunismus an, zudem waren sie einem gemeinsamen politischen Ziel, dem Aufbau des Sozialismus verpflichtet.
- Beide Staaten hatten dieselben Feindbilder in der Außenpolitik.⁸⁸

Doch ein Problem, das sich aus dieser äußerlichen, eher formalen Beschreibung politischer Gemeinsamkeiten zwischen den Führungen der SED und der KP Chinas, wie sie hier von Meißner vorgenommen wird, ergibt, ist, dass sie

88 Meißner/Feege: DDR und China, S. 12.

keinerlei Erklärung für den folgenden Bruch zwischen den beiden Parteien bereithält: Merkmale wie „Einparteienherrschaft“ und „zentrale Planwirtschaft“ blieben auch nach dem Bruch in beiden Ländern erhalten; in beiden Ländern galt weiter der „Aufbau des Sozialismus“ als proklamiertes Ziel; und insofern die chinesischen Kommunisten die „führende Rolle“ und die Vorbildfunktion der sowjetischen Seite nicht mehr anerkannten, worin bestanden ihre sich entwickelnden Differenzen und was war der Inhalt ihrer Kritik?

Es wird also deutlich, dass wenn man bei der Beschreibung bestimmter äußerer Merkmale verbleibt, um die Grundlage für die anfangs guten Beziehungen zwischen der DDR und der VR China darzulegen, man den folgenden Bruch zwischen den beiden Staaten so nicht erklären kann. Die fast schon notwendige Folge daraus ist es, die Ursachen für diesen Bruch mit einer Art klassischem „Machtkampf“-Modell zu beschreiben, in dem der Konflikt letztlich doch auf einen machtpolitisch motivierten Kampf zwischen der Sowjetunion und der VR China um die „Vorherrschaft in der kommunistischen Staatenwelt“ reduziert wird.

Ein solches Modell verfügt jedoch über geringe Erklärungskraft und vermag eigene inhärente logische Widersprüche nicht aufzulösen. Notwendig erscheint es also, eben tiefer in die divergierenden politischen und ideologischen Grundfassungen der beteiligten Akteure einzudringen, diese in ihrer Entwicklung und Veränderung zu betrachten, dabei auch die erst allmähliche Herausbildung des Verständnisses der jeweiligen Akteure von den Positionen der anderen Seite im Unterschied zu den eigenen einzubeziehen und dieses Bild schließlich in den größeren Kontext weltpolitischer Entwicklungen und realer Machtkonstellationen einzufügen. Aus dieser Perspektive macht die wechselvolle Positionierung seitens der SED-Führung zu dem damaligen Konflikt dann auch Sinn.

Schlussfolgerungen

In der Gesamtschau ergibt sich schließlich ein Bild, demzufolge die SED-Führung in Bezug auf den wachsenden Konflikt und schließlich Bruch zwischen der KP Chinas und der KPdSU in den Jahren nach dem XX. Parteitag der letztgenannten Partei (der auch mit einer dramatischen Verschlechterung im Verhältnis zwischen den beiden Staaten einher ging) zumindest in weitgehendem Maße selbständig um eine eigene Orientierung bemüht gewesen ist. Dieser Befund wird dadurch bestätigt, dass das SED-Regime noch bis in die frühen 60er Jahre hinein in seiner Positionierung gegenüber China und den dortigen Entwicklungen durchaus

eigene, auch von der sowjetischen Seite abweichende Akzente setzte. Die in der Forschung verbreitete These, dass die SED und namentlich ihr damaliger Führer Walter Ulbricht aufgrund einer angeblich größeren ideologischen und politischen Nähe zur KP Chinas unter Führung Mao Zedongs über längere Zeit einen endgültigen Bruch mit den chinesischen Kommunisten zu vermeiden versuchte oder sogar zeitweise eine Art „Achse Peking-Pankow“ bestanden hätte, kann nach heutigem Kenntnisstand jedoch in keiner Weise bestätigt werden. Vielmehr dürften die eigenen und intern selber eingestandenen Probleme dabei, auf Basis widersprüchlicher Informationen zu einer umfassenden Einschätzung der komplizierten Entwicklungen in der VR China und der sich daraus ergebenden Situation zu gelangen, eine entscheidende Rolle dabei gespielt haben, dass die SED längere Zeit brauchte, um zu einer eindeutigen Position zu gelangen. Auch die Wahrung eigenständiger Interessen gegenüber der sowjetischen Seite und die Einbeziehung der eigenen spezifischen Situation dürfte hier eine Rolle gespielt haben (vergleichbare Tendenzen wären auch etwa in Polen zu beobachten) – was wiederum für ein gewisses Maß an politischer Eigenständigkeit bei grundsätzlicher Loyalität spricht. Die Wahrnehmung eigener Interesse führte im Regelfalle dazu, dass vonseiten der DDR-Führung eine ausbalanciertere Position gegenüber der VR China versucht wurde einzunehmen, als dies namentlich im Falle der sowjetischen Seite zu konstatieren ist, während gleichzeitig das Ausmaß des Konflikts zumeist in der DDR-Öffentlichkeit heruntergespielt wurde. Eine solches Bild korrespondiert im Übrigen auch mit dem Gesamtbild, was sich in der neueren Forschung herauszukristallisieren scheint, demzufolge die Rolle der DDR bei aller Ungleichheit im Verhältnis sich keineswegs auf die eines bloßen sowjetischen „Vasallen“ oder „Satelliten“ reduzieren lässt und nicht zuletzt in der hier behandelten Phase die Tendenzen in Richtung einer Wahrung eigenständiger Interessen von DDR-Seiten vergleichsweise stark gewesen sind.

Wenn die SED-Führung schließlich doch weitgehend die Positionen der sowjetischen Seite übernommen hat, dann dürfte dies nach allen verfügbaren Informationen primär deswegen der Fall gewesen sein, weil man sie für richtig hielt – eine Einschätzung, die genau so banal klingt, wie sie überzeugend belegt werden kann. Hinweise auf irgendeinen besonderen sowjetischen Druck, der für diese grundlegende Positionierung der SED-Führung notwendig gewesen wäre, gibt es nach heutigem Erkenntnisstand nicht.

„Machtpolitische“ Überlegungen im engeren Sinne – insofern diese von eigentlich ideologischen Motiven getrennt auszumachen sind – haben bei diesen

Entwicklungen in der Tat eine nicht geringe Rolle gespielt. Sie haben anscheinend über mehrere Jahre dazu beigetragen, die Positionierung der SED-Führung zu modifizieren und eine unbedingte öffentliche Parteinahme zugunsten der sowjetischen Seite hinauszuzögern. Doch handelte es sich hierbei um zeitweilige Phänomene, mithin auch taktische Manöver, die an einer grundlegenden Orientierung und an der grundsätzlichen Loyalität der sowjetischen Seite nichts änderten und vor diesem Hintergrund zu verstehen sind.

Man könnte entgegen der hier vorgebrachten These einwenden, dass ein solcher Druck von sowjetischer Seite gar nicht notwendig gewesen sei, weil die SED-Führung sich ohnehin der fatalen Konsequenzen eines Abweichens in dieser strategischen politischen Frage bewusst gewesen wäre und sich aus diesem Grunde in einer Art vorausseilendem Gehorsam der sowjetischen Seite angeschlossen hätte, ohne dass diese dafür besondere Anstrengungen hätte unternehmen müsse. Ein solcher Einwand ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen und er dürfte prinzipiell schwer zu falsifizieren sein. Doch müssten, um diesem Einwand größere Überzeugungskraft zu verleihen, in diesem Kontext andere handfestere Hinweise in die gleiche Richtung verweisen und ihn stützen. Das scheint jedoch – gerade vor dem Hintergrund neuerer Untersuchungen – nicht der Fall zu sein. Umgekehrt lässt sich nicht nur aus veröffentlichten Stellungnahmen, sondern auch aus einer Vielzahl interner Einschätzungen zumindest ab einem bestimmten Zeitpunkt unzweideutig ersehen, dass innerhalb der SED-Führung die politischen Positionen der sowjetischen Führung in dieser Auseinandersetzung detail geteilt wurden, während maoistische Positionen, je mehr man sich mit ihnen befasste und je mehr der SED-Führung gewahr wurde, dass diese in nicht unwesentlichen Punkten tatsächlich einen konzeptionellen Bruch mit tradierten Vorstellungen innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung darstellten, auf wachsende und grundsätzliche Ablehnung stießen.

Entgegen einer verbreiteten Tendenz innerhalb der Forschung wird hier also – zunächst einmal in Bezug auf die Geschichte des Kommunismus – einer eingehenden Beschäftigung mit den ideologischen und politischen Grundauffassungen der jeweiligen Entscheidungsträger das Wort geredet. Ein solcher Ansatz ist in einer Zeit deutlich in den Hintergrund gedrängt worden, in der die Geschichte der kommunistischen Bewegung zunehmend auf die Erfahrungen von Repression und Gewalt reduziert wird, wobei Ideologie und politische Positionen häufig nur noch als berechnet eingesetzte Mittel des Machterhalts und der Herrschaftslegi-

timation erscheinen. Nicht selten scheint aus einer eingehenderen Beschäftigung mit den politischen Positionen der handelnden Akteure fälschlicherweise per se eine Art – bestenfalls naive – „Rechtfertigung“ oder gar „Zustimmung“ gelesen zu werden. Auch die bereits andiskutierte starre Gegenüberstellung „ideologischer“ gegenüber „realpolitischen“ oder „machtpolitischen“ Motiven erweist sich eher als ein Hindernis, als dass sie zu einem wirklichen Erkenntnisgewinn beitragen würde. Selbst innerhalb der „Linken“ scheinen „machtpolitische“ Interpretationen der damaligen Entwicklungen an Boden zu gewinnen. So schrieb Robert Steigerwald, langjähriger führender Theoretiker der DKP, 2007 in einem Beitrag für die Tageszeitung *junge Welt* über die „heftige Diskussion“ zwischen der KPdSU und der VR China und der KP Chinas in den 60er und 70er Jahren: „In Wahrheit ging es nicht um entsprechende Inhalte. Der Kern der Auseinandersetzung war: Zwei kommunistische Großmächte kämpfen um die Vorrangstellung in der kommunistischen und Arbeiterbewegung.“⁸⁹ Dieses vermeintliche, späte „Eingeständnis“ vermittelt nur scheinbar eine „nüchternere“ Perspektive auf die damaligen Konflikte. Eher schon wäre es als methodische Konzession an den herrschenden Zeitgeist zu sehen.

Die Alternative zu dem hier kritisierten reduktionistischen Ansatz kann wiederum auch nicht sein, Geschichte aus Parteitagsbeschlüssen lesen zu wollen. Allerdings erweist sich ein multidimensionaler Zugang, der selbstverständlich auch die Überzeugungen und Motive der entscheidenden Akteure mit einbeziehen muss, als sehr viel farbiger und fruchtbarer als eine Geschichtsschreibung, welche die historischen Erfahrungen des Kommunismus und der sozialistischen Staaten letzten Endes auf ein Ringen um Macht um ihrer selbst Willen reduziert.

89 Robert Steigerwald: Um eine zukunftsfähige kommunistische Politik. Debatte: Über ‚Revisionismus‘ und ‚Revisionismus-Kritik‘ in *junge Welt* und anderswo (Teil I). In: *junge Welt*, 10.12.2007, S. 10–11, hier 10.